

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 3,60 M., im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M., einschließlich 50 Bl. Postgebühren und 72 Bl. Verteilungsgeldern. Auslandabonnementspreis 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif hierzu 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Wort und Bild“, „Berliner Frauenstimme“, „Takt“, „Bild in die Bäderwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einzigartige Kampfbroschüre 50 Pfennig. Heft Nr. 1. — Reichswehr, „Kleine Angelegenheiten“ das eigentliche Wort 25 Pfennig (zwei bis fünfgegründete Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Straßengelächse das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienangelegenheiten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäfts-Büro: Lindenstraße 3, wochentags von 9^{1/2} bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Di. 3. u. Di. 4. — Dep. 1000, Jerusalemstr. 65/66.

Keine Arbeitsdienstpflicht!

Einmütige Ablehnung durch alle Spitzenverbände.

Gestern fand im Arbeitsministerium eine Besprechung über den Vorschlag der Wirtschaftspartei statt, die Arbeitsdienstpflicht in Deutschland einzuführen. Der Vorschlag wurde einmütig abgelehnt, nachdem von allen Seiten seine Unsinnigkeit dargelegt worden war.

Die Besprechung war veranlaßt worden durch einen grob demagogischen Antrag der Wirtschaftspartei. Von vornherein hatte niemand Zweifel daran, daß dieser Antrag kompletten Unsinn darstellte — wie immer, wenn die Wirtschaftspartei in Wirtschaftspolitik macht. Das Ergebnis dieser Besprechung war von vornherein klar. Eingeladen waren die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Unternehmer, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände sowie verschiedene in der Arbeitsdienstpflichtfrage sachverständige Wirtschaftler und Pädagogen.

Da die Veranstaltung des Arbeitsministeriums in der Öffentlichkeit etwas merkwürdig berührt hatte, sah sich Staatssekretär Geib veranlaßt, in seiner einleitenden Ansprache ausdrücklich zu betonen, daß die Anberaumung der Besprechung durch das Ministerium keineswegs eine Aenderung in dessen Stellungnahme zur Frage der Arbeitspflicht bedeute. Die in der Presse vielfach aufgetauchten Andeutungen über einen Zusammenhang zwischen der Rede des Reichsfinanzministers Dietrich zur Arbeitslosenfrage und der Besprechung über die Arbeitsdienstpflicht seien völlig gegenstandslos.

Was war nun das sachliche Ergebnis der Aussprache? Es bestand in der Feststellung, daß die Vorschläge und Anträge auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht

aus finanziellen, arbeitsmarktpolitischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Gründen eine glatte Unmöglichkeit darstellen.

Vediglich Herr Sachsenberg von der Wirtschaftspartei, der sein eigenes Kind nicht verkennen wollte, was anderer Meinung. Alle übrigen Teilnehmer an der Besprechung mußten die erdrückende Beweislast der von Ministerialrat Dr. Behfeldt vorgebrachten Argumente gegen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht anerkennen. Nach den bisher aufgetauchten Plänen über die Art der Durchführung der Arbeitsdienstpflicht brauchte — wie aus Behfeldts Darlegungen hervorging — die in Aussicht genommene Arbeitsarmee von etwa 1 Million Arbeitsvolktruppen rund 200000 Angestellte für die Zwecke des Unterrichts, der Arbeitsleistung, Organisation, Verwaltung und so weiter.

Die Kosten für einen Arbeitstag würden sich pro Beschäftigten auf 18 bis 20 Mark stellen.

daneben dem Unterhalt des Arbeitenden und die Kosten für Leitung, Verwaltung und dergleichen auch die Aufwendungen für Werkzeuge, Arbeitsmaterial, Maschinen usw. in Betracht gezogen werden müssen. Es wären also Milliarden notwendig, während auf der anderen Seite der Ertrag dieser Pflichtarbeit vorher über-

haupt nicht berechnet werden kann. In der Ertragsfrage weiß man nur eines positio:

jede Zwangsarbeit bringt erheblich weniger ein als freiwillig geleistete Arbeit.

Diese Auffassung der Dinge, die weitgehend Übereinstimmung fand, führte dazu, daß nicht einmal der Vorschlag des Herrn Sachsenberg, wenigstens einen Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Kostenfrage einzusetzen, Gegenliebe fand.

Für die Gewerkschaften erklärte Graßmann mit aller Deutlichkeit, daß die Arbeiter die Arbeitsdienstpflicht grundsätzlich ablehnen und die Pläne für ihre Einführung energisch bekämpfen. Der Leiter der Besprechung konnte abschließend nur feststellen, daß

der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht abgelehnt werde und eine Fortführung der Aussprache nicht in Frage komme.

Nach Abschluß der Besprechung der Arbeitsdienstpflichtfrage kam noch das etwas sonderbar anmutende Thema „freiwilliger Arbeitsdienst“ zur Erörterung, ein neues Schlagwort, über dessen Sinn seine Propagandisten selbst nicht einig sind. Die einen sprechen von Interessierung städtischer Jugendlichen für den Siedlungsgedanken, die anderen von Pflichtarbeit für unter 21 Jahre alte Arbeitslose; jedenfalls konnte in der Besprechung von niemand irgendein konkreter Vorschlag gemacht werden. Von den Gewerkschaften wurde demgegenüber mit Nachdruck darauf verwiesen, daß heute nicht einmal die notwendigsten Fürsorgemaßnahmen für die erwerbslosen Jugendlichen, soweit sie noch berufsschulpflichtig seien, durchgeführt werden könnten, da es überall an Mitteln fehle. Wer für die jugendlichen Arbeitslosen etwas tun wolle, der brauche nur bei den verantwortlichen Stellen dafür einzutreten, daß die von Berufsschulen, Jugendpflege, Arbeitsämtern und den Organisationen eingeleitete Fürsorge für die erwerbslose Jugend finanziell sichergestellt werde. Das sei wenigstens etwas.

Diesem praktischen Vorschlag der Gewerkschaften stimmte die Konferenz einmütig zu.

Um zu einem solchen Ergebnis zu kommen, wäre wirklich keine besondere Besprechung notwendig gewesen; denn Einmütigkeit in der Förderung der Fürsorge für die erwerbslose Jugend dürfte man sicherlich von vornherein bei allen Teilnehmern der Besprechung erwarten. Allem Anschein nach spielte noch etwas anderes eine Rolle. Man wird die Vermutung nicht los, daß bei dem „freiwilligen Arbeitsdienst“ an eine Förderung der Bestrebungen gedacht ist, die von den Vätern des Arbeitsdienstpflichtgedankens heute bereits in die Wege geleitet werden. So spricht Professor Schöypte, der Verfasser des Buches „Deutsches Arbeitsdienstjahr statt Arbeitslosenwurm“ offen aus, daß die Arbeitsdienstpflicht erst im Dritten Reich verwirklicht werden könne; von dem jetzigen System könne man nur verlangen, daß es die Versuche und Vorbereitungen nicht störe. Wahrscheinlich will man aber doch noch etwas mehr als — nicht gestört werden. Man will — Geld. Man möchte von öffentlichen Stellen finanzielle Hilfe für die Vorbereitung des Dritten Reiches!

Reaktion und Film.

Warum Remarque-Verbot in Oesterreich?

Von Friedrich Austerlitz, Wien.

Das Schicksal, das die Reichsregierung dem Film: „Im Westen nichts Neues“ bereitet hat, hat ihn nun auch in Oesterreich ereilt: nachdem er in Wien an drei Abenden vorgeführt wurde, hat der Innenminister die Vorführung für das ganze Bundesgebiet verboten. Während man aber in Berlin die Vorführung des Inhalts wegen unterlag, sich aber dagegen, daß das Verbot unter dem Druck der Strafe erfolge, ausdrücklich verwahrt hat, ist es in Oesterreich umgekehrt: wegen des Inhalts, also wegen seiner angeblichen Tendenz, konnte der Film in Oesterreich überhaupt nicht verboten werden, vielmehr mußte die Regierung offen bekennen, daß sie das Verbot nur wegen der Exzesse erlassen hat, die die Nationalsozialisten auf den Straßen „betrieben“ haben, kann also nicht bestreiten, daß sie dem „Druck der Strafe“ unterlegen sei. Man weiß wirklich nicht, welches Vorgehen das jämmerlichere ist: sich dem Druck des Hafenkreuzterrors zu unterwerfen, es aber zu leugnen, oder offen zuzugeben, daß man den Film, der von Rechts wegen gar nicht verboten werden kann, deshalb verbietet, weil man frechem Terror entgegenwirken will. Der Haupttrumpf bei dem Verbot war, daß der Film dem deutschen Ansehen im Ausland abträglich sei. Aber daß die, die die Vorführung, so in Deutschland wie in Oesterreich, verboten haben, damit zur Wehrung des Respekts vor dem deutschen Namen beigetragen, dürfen sie sich weiß Gott nicht einbilden. Sie haben diesen Namen lächerlich gemacht.

Das Verbot in Wien zustandzubringen, war deshalb keine einfache Sache, weil es in Oesterreich keine Filmzensur gibt, die geschickliche Handhabe, seinen Inhalt zu verwenden und darauf das Verbot zu stützen, nicht vorhanden war. Das Kinowesen ist nämlich in Oesterreich Sache der Länder, also hatte die Bundesregierung überhaupt nichts zu verfügen. Aber sie wollte, wobei es von Berlin aus an Ermunterung wohl nicht gefehlt haben dürfte, die Vorführung doch unterbinden, und so suchte sie das Verbot von hinten herum herbeizuführen: indem sie den Landesregierungen durch „Rundschreiben“ „eindringlichst nahelegte“, die Vorführungen „hintanzuhalten“. Aber die Rechnung hatte gleich zwei Löcher. Erstens, daß auch vor den Landesregierungen eine verfassungsrechtliche Bestimmung stand, die ihnen das Eingreifen sehr beschränkte. Oesterreich hat nämlich ein Verfassungsgezet, das bestimmt: jede Zensur ist, als dem Grundrecht der Staatsbürger widersprechend, als rechtsungültig aufgehoben. Dieses Verfassungsgezet geht auf einen Beschluß der Provisorischen Nationalversammlung vom 30. Oktober 1918, also des Revolutionsparlaments zurück, und wenn der Beschluß ursprünglich vielleicht nur die Zensur im Sinne hatte, so muß doch auch wieder die Tatsache, daß er im Jahre 1920 zu einem Verfassungsgezet erhoben wurde, ihre Bedeutung haben; jedenfalls wird er vom Verfassungsgerichtshof seit langem konsequent als die Aufhebung „jeder“, also auch der Theater- und Kinzensur ausgelegt. Wenn nun auch die Landesregierungen, die in den Bundesländern zumeist in liberalen Händen sind, vorweg bereit gewesen sein mögen, der „Empfehlung“ der Bundesregierung gerecht zu werden, so war ihren Verboten doch eine Grenze gesetzt, und auch christlichsoziale Landesregierungen sträubten sich, dem Hafenkreuzlerum in Form des Verbots einen Antikriegsfilms Reuerenz zu leisten. Aber jene Rechnung hat noch ein anderes Loch: eine der Landesregierungen, an die die Bundesregierung appellierte, ist die von Wien (Wien ist in der Oesterreichischen Bundesverfassung Gemeinde und Land). Der Wiener Landeshauptmann, der sozialdemokratische Bürgermeister Seitz, war selbstverständlich nicht geneigt, das Verbot eines echten Kulturfilms auszusprechen. Nun kam es aber vor allem auf Verbote von Vorführungen in Wien an; denn was hatte schließlich die Bundesregierung davon, daß der verhasste Film vielleicht in Bregenz nicht aufgeführt werden konnte, wenn er in Wien vorgeführt wurde? Gesehmähig konnte die Vorführung in Wien überhaupt nicht verhindert werden, weder vom Bundesminister, noch vom Landeshauptmann, noch vom Polizeipräsidenten. Auch durch einen Druck auf den Kinounternehmer nicht. Die Gesellschaft, die die Vorführung in Wien unternahm, ist ein sozialdemokratisches Unternehmen.

Hier kamen der in die Sackgasse geratenen Bundesregierung die Nationalsozialisten zu Hilfe. Sie „demonstrierten“ auf den Straßen — was aber in Wien, wo die Nationalsozialisten bei den Novemberwahlen von 1,2 Millionen Wählern wohlgezahlte 27 540 Stimmen erhalten haben, natürlich vorweg wenig imponierendes hatte und schon gar nicht

Ruhrschiedspruch verbindlich.

Die Reichsregierung übernimmt die Verantwortung.

Der Reichsarbeitsminister hat am Montagabend den Ruhrschiedspruch, der eine Lohnkürzung um 6 Proz. vorsieht, für verbindlich erklärt. Die Nachverhandlungen waren, wie vorausgesehen war, ergebnislos geblieben.

Dieses Ergebnis war zu erwarten. Nachdem der Reichsarbeitsminister durch den Erlass der Notverordnung die Schwierigkeiten, zu einem Schiedspruch zu kommen, aus dem Weg räumte, war es klar, daß die Regierung selbst die Verantwortung übernahm. Daß der Lohnabbau auf der Linie des Abbaus der Beamtenegehälter liegen würde, war demnach gleichfalls unschwer vorausgesehen.

Damit erwächst für die Reichsregierung aber auch die Pflicht, jetzt mit aller Energie den Preisabbau zu betreiben und der Arbeitslosigkeit zu Leibe zu gehen. Daß das nicht geschehen kann auf dem Wege der Aufrechterhaltung der allgemeinen 48-Stunden-Woche, oder gar einer noch längeren Arbeitszeit, wie bei der Reichsbahn — diesen Skandal behandeln wir an anderer Stelle —, liegt auf der

Hand. Der Schiedspruch für den Ruhrbergbau ist nur erträglich unter der Voraussetzung, daß die Regierung bis zu Ende die Verantwortung übernimmt.

Ein folgeborenes Kind.

Essen, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Die Streikparole des am Sonntag in Dulseburg gegründeten kommunistischen Bergarbeiterverbandes ist ohne jede Wirkung verpufft. Auf allen Fachen des Ruhrgebietes wird ungestört gearbeitet. Die neueste RGO-Gründung begann also ihr Dasein mit einer Blamage.

Die Niederlage Frids.

Keine Auflösung der Reichsbannergruppe Orla.

Amlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung sieht nach eingehender Prüfung den Totbestand des Reichsgesetzes vom 22. März 1921 zur Durchführung der Artikel 177, 178 des Versailler Vertrages durch die Betätigung der Ortsgruppe Gero des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold nicht als erfüllt an und hat sich daher nicht entschließen können, dem thüringischen Ministerium des Innern ihre Zustimmung zur Auflösung dieser Ortsgruppe zu erteilen.

Die verschuldete Welt.

Was man als Revisionist des Young-Planes wissen muß.

geeignet schien, auf die Staatsgewalt furchterregend zu wirken. Aber nach zwei Stunden war die Polizei mit ihrem Latein zu Ende. Man kann nicht behaupten, daß sie es an Kraftentfaltung hätte fehlen lassen, im Gegenteil; auf jeden der Demantanten dürften zwei Polizisten gekommen sein; aber man hatte doch den Eindruck, daß das Wacheaufgebot, das nicht einmal das Einschlagen von Fensterseiden zu verhindern vermochte, nur das Alibi für das vorher schon beschlossene Verbot sein sollte. Auf das Verbot wurde jedenfalls die Wucht hingesteuert! Entscheidend war für die Haltung der österreichischen Regierung die Solidarität mit den deutschen Reichsministerien, die sich für das Verbot eingesetzt hatten. So abgeschmackt das klingt, für die gegenwärtige österreichische Bundesregierung war das Verbot sozusagen eine Anschlussfrage.

Natürlich mußte, damit der Bundesminister in einer Sache ein Reichsverbot erlassen konnte, dem Gesetz noch ein weiterer Stoß versetzt werden. Das Verbot der Vorführung des Films ist nämlich keineswegs ein Verbot der Vorführung wegen des Inhalts des Films, sondern eine Maßregel zum „Schutze der körperlichen Sicherheit von Menschen und des Eigentums“ — was, da doch diese (angebliche) Gefahr weder von den Bildstreifen ausgeht, die im Schwedenkino gezeigt wurden, noch von den Menschen, die in dem Kino versammelt waren, einfach toll erscheint; aber was soll eine Regierung machen, die eine Vorführung verbieten will, wenn ihr dabei nicht der Schatten eines Rechtsgrundes zur Seite steht? Da verfällt sie eben auf Ausreden! Es sind nämlich in Oesterreich die Sicherheitsbehörden berechtigt, „zum Schutze der gefährdeten körperlichen Sicherheit oder des Eigentums innerhalb ihres Wirkungsbereiches die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Anordnungen zu treffen“; und als eine solche „Anordnung“ gibt sich das Verbot der Vorführung des Films aus! Daß aber auch diese Anordnungen „nicht gegen bestehende gesetzliche Vorschriften verstoßen dürfen“ — hat die Regierung nicht gekümmert, wohl aber wird ihr die weitere Bestimmung, daß solche Abkommen aufzuheben sind, „sobald der Grund zu ihrer Erlassung weggefallen ist“, noch schwere Sorgen bereiten. Denn als einen Dauergrund wird man die Möglichkeit hakenkreuzerischer Aufregung nicht hinstellen können. In absehbarer Zeit muß also das Verbot hinfällig werden.

Eines wird mit immer bremsender werdender Deutlichkeit klar: die Schlacht gegen den hakenkreuzerischen Faschismus wird in Deutschland geschlagen. Das ist nun für die Schicksalsfrage des europäischen Sozialismus der Hauptkriegsschauplatz — Oesterreich, so wichtig auch seine Sozialdemokratie für den großen Kampf ist, ist doch nur ein Nebenschauplatz. Wie wäre in Oesterreich die Regierung auf den absurden, die deutsche Kultur so kompromittierenden Einsatz des Verbotes dieses Antikriegsfilms gekommen; nie hätte sich hier gegen den Film, der dem so überwiegend pazifistischen Charakter Oesterreichs ganz entspricht, überhaupt ein Protest hervorgewagt; wenn nicht die Reaktion vorher in Berlin gesiegt hätte! Die deutschen Sozialdemokraten sind es heute, die den Hauptkampf führen, auf deren Mut, Kraft und Elan der Sozialismus in Europa vor allem hofft; und deshalb ist dieses Filmverbot, eine Ausstrahlung des in Deutschland gegenwärtig herrschenden Geistes nach Oesterreich, ein Anlaß, des Kampfes der deutschen Sozialdemokratie bewundernd zu gedenken und ihm Gedeihen, Erfolg und Sieg aus ganzer Seele zu wünschen!

Deutsche Hakenkreuzstinkbomben in Riga.

Riga, 12. Januar.

Während der Premiere des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ wurden heute im Forum Kino Stinkbomben geworfen. Zwei Personen wurden zwangsgestellt, die beide deutscher Nationalität sind. Einer von ihnen ist ein Student namens Penner, der erst gestern in Riga eingetroffen ist. Beide Täter verweigerten jegliche Aussagen.

Saubere nationale Leute!

Wie die Hakenkreuzer an der Saar für Deutschland arbeiten

Saarbrücken, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Saarbrücken hat den Nationalsozialisten der Saar nachgewiesen, daß sie:

1. wiederholt gegenüber der internationalen Regierungskommission des Saargebietes die Verpfändung übernommen haben, in ihren öffentlichen Versammlungen zwar gegen ihr eigenes Vaterland, nicht aber gegen die Regierungskommission, die französische Bergwertsdirektion oder irgendeine andere Einrichtung des Saargebietes zu sprechen;
 2. daß ihr sozialistisches Kopfbildchen zwar alle Deutschen des Saargebietes dauernd angreift, aber kein Wort gegen die wirklichen Nachbarn der Saar, also Regierungskommission, Bergwertsdirektion, französischen und deutschen Kapitalismus schreibt;
 3. daß in den Reihen der Sozialnationalsozialisten noch ehemalige separatistische Saarbundesgrößen eine bedeutende Rolle als Funktionäre der Nationalsozialisten spielen.
- Die Feststellungen haben im Saargebiet großes Aufsehen hervorgerufen.

Franzens Freund Lohse.

Der deutschnationale Fraktionsvorsitzende Oberfohren will ihn vorkühren lassen.

Hamburg, 12. Januar.

Der Rechtsbeistand des deutschnationalen Fraktionsführers im Reichstag, Oberfohren, hat beim Kieler Amtsgericht beantragt, gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Lohse, den intimen Freund des braunschweigischen Innenministers Franzen, einen gerichtlichen Vorführungsbefehl zu erwirken, nachdem dieser in dem langwierigen Beleidigungsprozess zwischen den beiden politischen Gefinnungsfreunden niemals vor Gericht erschienen war. Lohse hat gegen Oberfohren öffentlich schwere persönliche Vorwürfe, besonders hinsichtlich unklarer finanzieller Privatgeschäfte, erhoben, während Oberfohren in dem ihm nahestehenden „Ostholsteinischen Tageblatt“ unter anderem behauptet hatte, daß Lohse Beziehungen zu landesverräterischen Umtrieben gehabt habe.

Schulden allein machen noch keine Not —, diesen Satz sollte jeder auswendig lernen müssen, der meint, daß alles Hebel der schlechten Konjunktur und der Arbeitslosigkeit aus dem Young-Plan kommt und deswegen mit Hitlers Unversapfuhmittel sofort beseitigt werden könne. Rein äußerlich betrachtet, stimmt es nämlich gar nicht, daß Deutschland heute die größte Schuldenlast aller am Weltkrieg beteiligten gewesenen Länder zu tragen habe.

Die innere und äußere Staatsschuld betrug; einschließlich der unfundierten, noch nicht in Anleihen umgewandelten Schuld, gegenwärtig in Goldmark umgerechnet:

	1914	1929
Großbritannien	13,274 Milliarden	153,456 Milliarden
Frankreich	27,854	76,091
Belgien	4,035	6,455
Italien	12,770	33,363
Deutschland		
Reichsschuld	4,918	am 1.X.30: 11,796 Milliarden
Länderschuld	16,840	1.V.30: 2,746
Young-Schuld	—	39,295
Zusammen	21,758 Milliarden	53,837 Milliarden

Wir haben bei der deutschen Reichsschuld, um allen Einwänden zu begegnen, die Länderschulden einschließlich der Hanfsstädte mit zu den Reichsschulden hinzugezählt, weil die anderen Schuldnerländer gleiche oder ähnliche staatsrechtliche Verhältnisse nicht haben.

Wenn das Land am glücklichsten wäre, das die geringsten Schulden hat, dann müßte Rußland mit seinen wenigen Milliarden Schulden gegenüber vielen Milliarden in der Vorkriegszeit das wahre Geßilde der Seligen sein.

Offenbar kommt es nicht so sehr auf die reine Zahlengröße der Schulden eines Landes an, sondern darauf, welche Summen sie zur Verzinsung und Tilgung benötigen, welchen Anteil der Staatsausgaben das ausmacht, welche wirtschaftliche Tragkraft Land und Volk haben, und nicht zuletzt: wie die Schulden entstanden sind. Alle am Krieg beteiligten gewesenen Länder haben vier Jahre lang Schulden gemacht, um die so gewonnenen Riesenerlöse zu vernichten. An der Abzahlung jener Schulden schleppen wir nicht allzusehr, die Inflation zerstörte mit allen Werten auch diese Schuldtitel. Statt ihrer haben wir eine neue ebenso sinnlose Kriegsschuld aufgedeckt bekommen, die jegliche Young-Schuld. Der größte Teil aller Schulden der sogenannten Siegerländer ist aus Kriegsanleihen entstanden.

Welchen Teil der Staatsausgaben treffen die Kriegslasten und die Rüstungen?

	Schuldenverzinsung (Verzinsung-Tilgung)	Ausgaben auf Grund des Krieges (Pensionen, Wieder-aufbau, Befehlungslohn um.)	Landesverteidigung (Rüstungsausgaben)
in Prozenten			
Großbritannien 1912/13	19,3	—	51,5
1928/29	51,0	14,2	17,5
Frankreich 1914	19,5	—	41,7
1928	36,5	25,8	16,5
Belgien 1913	32,3	—	26,6
1928	31,2	29,3	9,9
Italien 1913/14	24,4	—	33,4
1928/29	28,3	10,5	23,5
Deutschland 1913	9,2	2,6	76,6
1930	25,5	17,5	8,5
in Millionen Dollar			
Ver. Staaten 1912/13	22,9	—	296,7
1930/31	1227,9	417,3	781,5

Das starke prozentuale Sinken der deutschen Ausgaben für Landesverteidigung hat andere Gründe (neue Reichssteuererhebung) als nur die Verkleinerung des Heeres, und auch in den anderen Ländern sind die Rüstungsausgaben wahrlich noch hoch genug. Aber das bedeutendste an den obigen Zahlen ist doch, daß heute und für lange Zeit hinaus alle diese Länder unter den Lasten des Krieges und seiner Folgen schwer zu tragen haben.

Wenn wir unsere Kriegslasten einmal weiter mindern wollen — zweimal ist das nun schon gelungen —, so müssen wir uns wieder verständig machen, wie beim Dawes-Plan und beim Young-Plan, nicht selbst zerfleischen wie mit dem Londoner Ultimatum und mit der Ruhrbesetzung.

Der Sturz der Weltmarktpreise hat allen Kriegsschuldner durch die damit eingetretene Goldwertsteigerung die Last erhöht. Hier könnte man sich mit einer gemeinsamen Ermäßigung wohl verständigen. Auf jeden Fall müssen wir bei Revisionsbestrebungen daran denken, daß wir nicht allein auf der Welt sind, und daß außer uns auch andere ihre Sorgen haben. Wer aber meint, wir könnten unsere Schulden durch Gefahre und dumme Redensarten beseitigen, für den wird es ein böses Erwachen geben! Kurt Heimig.

Europäische Arbeitsorganisation.

Ein Vorschlag von Albert Thomas.

Genf, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, hat einen bemerkenswerten Vorschlag zur Europa-Konferenz gemacht. In einem längeren Memorandum schlägt er die Bildung einer europäischen Arbeitsorganisation im Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes vor, der die speziellen europäischen Fragen sozialer Arbeitspolitik übertragen werden sollen. Das Memorandum betont nachdrücklich, daß jede europäische Einigung und Verständigung unmittelbar auf die Arbeitsbedingungen und die Kaufkraft der Arbeiterschaft sich auswirken müsse, und daß daher die Vertretung der Arbeiterschaft unbedingt das Recht zur Mitwirkung haben müsse. Jede wirtschaftliche und politische Verbesserung des europäischen Zustandes müsse ausmünden in einer Verbesserung der Situation der Arbeiterschaft. Da sonst keine Gewähr für eine Dauer irgendeines Fortschrittes vorhanden sei, so könne die europäische Einigung nicht allein das Werk von Politikern und Wirtschaftlern sein, sondern sei

nur möglich im engsten Zusammenwirken zwischen der internationalen Arbeitsorganisation und dem europäischen Komitee.

In dem umfangreichen Schriftstück wird ferner betont, daß es natürlich keine Arbeitsfrage gebe, die Europa ausschließlich angehe. Doch gebe es eine Reihe von Fragen, die Europa in erster Linie betreffen und in Europa am dringendsten gelöst werden müßten. Als wichtigste Aufgaben werden verzeichnet: Die Arbeitszeit in Kohlenbergwerken, ohne deren Regelung keine wirtschaftliche Einigung möglich sei, die Arbeitsbedingungen und die Sozialversicherung in der Flussschiffahrt, die Vorbereitung gegen Unglücksfälle im Transportgewerbe, vor allem bei der Verpuppelung von Eisenbahnwaggons, die Regelung der Freizügigkeit von Arbeitern in allen europäischen Staaten und des Schadenersatzes für ausländische Arbeiter bei Arbeitsunfällen. Schließlich wird noch betont, daß die Einbindung der Zollschranken die Arbeitslosigkeit herabdrücken könne, wodurch eine der furchtbarsten Krisenerscheinungen gemildert werde.

Alle Wege über Paris.

Zaleski wirbt um „wohlwollende Unterstützung“.

Paris, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Der polnische Außenminister Zaleski ist am Montag, wie er es vor jeder Völkerverbundstagung zu tun pflegt, in Paris eingetroffen. Sein Besuch gilt offenbar dem Ziele, die „wohlwollende Unterstützung“ des Quai d'Orsay im deutsch-polnischen Konflikt zu erwirken.

Nach der Haltung der französischen Presse zu urteilen, ist man in Paris geneigt, die Streitigkeiten zwischen Deutschland und Polen sowohl hinsichtlich des Minderheitenschutzes wie auch der jüngsten Fliegerlandung in Oppeln durchaus sachlich zu beurteilen. Der sozialistische „Populaire“ steht heute nicht mehr allein mit der Forderung nach einer unvoreingenommenen Untersuchung der deutschen Beschwerden und mit der Erklärung, daß gerade Frankreich als der Verbündete Polens die Pflicht habe, seinen Einfluß auf die polnischen Machthaber in die Waagschale zu werfen. Auch die bürgerliche Linkspreffe verlangt volle Klarstellung und „sollte sie auch zur Beurteilung Polens führen“.

Sozialistisches Flamenblatt.

In Gent der neue „Booruit“ eingeweiht.

Genf, 12. Januar. (Eigenbericht.)

In Gent wurde am Sonntag das neue Gebäude des flämischen sozialdemokratischen Tagesblattes „Booruit“ feierlich eingeweiht. Die Feier gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung der belgischen Sozialdemokratie, der über 1000 Delegierte der Arbeiterorganisationen aller Gauen des belgischen Landes sowie Vertreter verschiedener ausländischer Bruderparteien und sozialdemokratischer Zeitungen beiwohnten. Das neue Gebäude und seine Einrichtungen sind der Stolz der Gentener Arbeiterschaft und das mit Recht. Nach dem einstimmigen Urteil aller Sachkundigen ist der neue „Booruit“ einer der modernsten und schönsten Zeitungsdruckbetriebe der Welt. Sowohl die architektonische wie die innere Einrichtung: Seperei, Druckerei, Büros usw. entsprechen den höchsten technischen und ästhetischen Anforderungen, wobei auch den harmonischen Farben- und Lichteffekten die größte Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Dieses Meisterwerk verdankt die belgische

Sozialdemokratie dem Architekten und sozialdemokratischen Abgeordneten Drunfaut.

Ansele, der Gründer der belgischen Arbeiterbewegung, hat an dem neuen Werk tatkräftig mitgewirkt. Das Hauptverdienst fällt jedoch seinem jungen Nachfolger, dem Abgeordneten und Chefredakteur des „Booruit“, Balthasar, zu. Die Kosten von insgesamt 5 Millionen Franken sind von den Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen West- und Ostflanderns aufgebracht worden. Obwohl die Bevölkerungszahl des gesamten Verbreitungsgebietes sich nur auf etwa 1 1/2 Millionen beläuft, ist es der Gentener Sozialdemokratie gelungen, die Zahl der Abonnenten in den letzten zwei Jahren um etwa 15 000 zu vermehren. Sie beträgt heute 45 000. Dieses Wachstum ist mit ein Zeichen des kulturellen Aufstiegs der flämischen Volksmassen in den letzten Jahren.

Im Verlauf der Feier im Festsaal des Gentener Volkshauses überbrachte Viktor Schijf-Berlin die Grüße und Glückwünsche der deutschen Sozialdemokratie. In seiner groß angelegten Festrede hob Balthasar die Macht der deutschen Sozialdemokratie hervor, bezeichnete sie als einen Staat im Staat und gab seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß sie imstande sein werde, den Sozialismus und die Demokratie gegen alle ihre Feinde siegreich zu verteidigen.

Heimwehrspaltung zu Nazis Gunsten.

Die teilweise Versöhnung mit Christlichsozialen.

Innsbruck, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Eine Führertagung der Heimwehren in Innsbruck führte, wie von der Pressestelle der Heimwehr mitgeteilt wird, zu einer Versöhnung zwischen den Christlichsozialen und der Heimwehr. Steidle habe sich darauf bereit erklärt, die Führung der Tiroler Heimwehr wieder zu übernehmen.

Dazu berichtet die sozialdemokratische „Volkszeitung“, daß der Tiroler Bauernbund, die stärkste christlichsoziale Organisation Tirols, auch weiterhin von Steidle nichts wissen will. Die Opposition in der Heimwehr habe die Absicht, endgültig mit der Organisation zu brechen und sich den Nationalsozialisten anzuschließen.

Die Bolshakerkonferenz, die seit Jahren völlig in den Hintergrund gedrängt worden ist, hat am Quai d'Orsay wieder eine Sitzung abgehalten. Sie galt, wie ein amtliches Communiqué erklärt, der Erledigung „laufender Angelegenheiten“.

Die Wahrheit über das Hakenkreuz. Was hat Fried in Thüringen geleistet?

Kiel, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Abrechnung mit Fried und der nationalsozialistischen Wirtschaft in Thüringen hielt hier in einer von mehr als 5000 Menschen besuchten Massenversammlung der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident von Thüringen Frälich.

„Klar und deutlich“, so betonte Frälich, „sei festgestellt, daß, als die Sozialdemokratie aus der thüringischen Regierung ausschieden mußte, es keine Wirtschaft gab. Sie ist erst eingerissen, als die Nationalsozialisten und die bürgerlichen Parteien an die Regierung kamen. Die sozialdemokratische freiheitliche Gesetzgebung wurde abgebaut, die Regelung, daß das Schulgeld nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt zu erheben ist, wurde abgeschafft. Die Bewährung der Erziehungsbeihilfe ist eingeeengt worden, die moderne Wohlfahrtsgesetzgebung der Sozialdemokraten wurde aufgehoben und dafür von den Nazis eine nochmalige Abfindung der Fürsten zugestimmt.

Die Steuern wurden für die Besitzenden niedrig gehalten. So erhöhten sich die schwebenden Schulden des kleinen Thüringens auf 120 Millionen. Als die Sozialdemokraten aus der thüringischen Regierung ausschieden, waren keine Schulden, sondern es war ein Kassenbestand von 25 Millionen Mark vorhanden. Vor der Landtagswahl hatten die Nazis versprochen, niemals neue Steuern zu bewilligen. Als sie in der Regierung waren, haben sie eine Landbesatzsteuer in Höhe von sechs Mark festgesetzt und jeden Mieter durch 24 Mark besondere Steuer im Jahre vorbelastet. Ueberdies schufen sie noch die Sonderbesteuerung für die Konsumvereine, die gleichfalls eine ungeheure Belastung der Konsumenten darstellt. Die Sozialdemokratie hatte in jedem Jahre eine Weihnachtsfondunterstützung durchsetzen können. Als sie vergangene Weihnachten 250 000 Mark für Weihnachtsunterstützungen beantragte, lehnten die Nazis den Antrag ab und ließen eine Sammelaktion in die Wege leiten. Diese amtliche Bettelerei erbrachte mit Mühe und Not ganze 100 000 Mark. Wie „Ernst“ es den Nazis mit dieser Sammelerei war, beweist das Beispiel eines kleinen Ortes mit 6000 Einwohnern. In diesem Orte waren bei der Landtagswahl 1250 nationalsozialistische Stimmen abgegeben worden. Für die amtliche „nationalsozialistische“ Sammlung wurden aber nur ganze zwei Mark gezahlt.

Die Nazis erklären in der Öffentlichkeit, sie hätten in wenigen Monaten die ganze Schuldenlast von 120 Millionen Mark restlos abdecken können. Diese Behauptung ist eine unverschämte Lüge. Tatsächlich ist von den 120 Millionen Mark Schuldenlast bisher auch nicht ein roter Pfennig abgedeckt worden. Die Taschen werden ihre Abfuhr um so weniger verwirklichen können, wenn sich alle wehrfähigen Republikaner restlos dem Reichsbanner anschließen, an dessen lebendigem Wall jeder faschistische Ansturm zerbrechen wird.“

Das dritte Reich bei Fuhrmann.

Der Hakenkreuzführer von Lippe als Ausbeuter.

Der Bezirksführer der Nationalsozialisten in Lippe ist der Sanatoriumsbesitzer Dr. Fuhrmann, der früher Tierarzt in der Heil- und Pflegeanstalt Beate in Lippe war. Die lippischen Nazis sind also in richtigen Händen. Fuhrmann ist zugleich Halblutpökel (seine Mutter war eine Polin), weshalb es sich besonders merkwürdig ausnimmt, wenn dieser Mann für reinrassiges Germanentum eintritt. Sein Sanatorium befindet sich nahe beim Hermannsdenkmal, der Wallfahrtsstätte aller urteutschen Teutonen. In diesem Sanatorium betätigt sich der Naziführer seinen Angestellten gegenüber als rücksichtsloser Ausbeuter, wodurch er besonders geeignet erscheint, Führer der Nazi-„Arbeiter“-Partei zu sein. So teilt das Demolierorgan der Sozialdemokratie, gestützt auf Mitteilungen eines Sanatoriumsgastes und auf Auslagen früherer Angestellter des Nazi-Sanatoriums, mit, daß der Bezirksführer der lippischen Nationalsozialisten seinen Gästen und Patienten 10 Prozent des Rechnungsbetrages als „Bedienungsgeld“ anrechnet, dieses Bedienungsgeld aber nicht an die Angestellten abführt. Eine Angestellte des Sanatoriums berichtet darüber:

„Wir waren gegen Lohn und Trinkgeld (Bedienungsgeld) angestellt. Das bekamen wir eine Zeitlang. Es machte etwa 40 Mark im Monat aus. Plötzlich wurde uns im Büro mitgeteilt, das Trinkgeld (Bedienungsgeld) könne nicht mehr ausbezahlt werden. Als Dr. Fuhrmann erfuhr, daß wir unser Recht beim Arbeitsgericht suchen wollten, kündigte er uns. Unseren Lohn bekamen wir fast niemals am 1. des Monats. Wir mußten oft wochenlang auf unser Geld warten. Einmal hatte ich dringende Einkäufe zu machen und ersuchte deshalb, mir endlich mein Geld auszubehalten. Darauf wurde mir gesagt: „Es ist kein Geld da!“ Ich bestand aber auf meinen rücksichtlosen Lohn, weil ich dringende Einkäufe zu machen hatte. Darauf sagte man mir: „Sie brauchen nicht früher etwas zu kaufen, als bis Sie Ihr Geld bekommen!“

Fuhrmann hat als Führer der lippischen Nazis ein Volksverlangen mit dem Ziel der Landtagsauflösung eingereicht. Der Antrag dazu ist unter anderem von einer großen Anzahl höherer Offiziere, von Adligen, Mitgliedern der ehemaligen Hofgesellschaft, einer lippischen Prinzessin, einer Hofdame und von Fabrikanten und sonstigen Unternehmern unterzeichnet. In diese Gesellschaft paßt der Sanatoriumsbesitzer, der seinen Angestellten das Bedienungsgeld vorenthält, ausgezeichnet.

IEP. und Labour-Partei.

Fraktionsbildung der schottischen Rebellen.

London, 12. Januar.

Mit 92 gegen 61 Stimmen wurde auf der Tagung der schottischen unabhängigen Arbeiterpartei eine Entschließung angenommen, wonach die unabhängige Arbeiterpartei im Parlament wiederhergestellt werden soll. Diese Fraktionsbildung würde bedeuten, daß deren Mitglieder die Politik der offiziellen Arbeiterpartei unterstützen dürfen, wenn die unabhängige Parteiteilung hierzu von Fall zu Fall ihr Einverständnis gegeben hat. Hierdurch würde sich natürlich die Gefahr einer vollständigen Abspaltung der Gruppe von der Arbeiterpartei vergrößern. Auf der letzten Tagung der unabhängigen Arbeiterpartei fand sich für diesen Vorschlag nur eine verhältnismäßig geringe Minderheit; jetzt hat sich die schottische Gruppe der Partei dafür ausgesprochen, jedoch wurde eine Entschließung mit 112 gegen 25 Stimmen abgelehnt, die die Trennung von der Arbeiterpartei forderte.

Nach größeren Beispielen.

Der Völkerverbund stellt fest, daß in dem Regierestaat Liberia umfangreiche Sklaverei herrscht.



„Was, — das Vaterland der Neger will Liberia sein, — und gerade hier herrscht noch Sklaverei!“
„Nun ja, weißer Massa, — Sowjetrußland will doch auch das Vaterland der Arbeiter sein...“

Bier Inder-Hinrichtungen.

Massenstreiks und Polizeikämpfe die Folge.

Bombay, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Trotz zahlreicher Begnadigungsgesuche, die aus allen Teilen der Bevölkerung eingegangen waren, wurden am Sonntagabend im Gefängnis zu Poona vier Inder hingerichtet, die bei dem vorjährigen Aufstand in Scholapur zwei Polizisten getötet hatten.

Die Urteilsvollstreckung hat in allen indischen Städten große Empörung und neue Unruhen hervorgerufen. In Poona waren Tausende nach dem Gefängnis gewandert und nur das Eingreifen der Polizei verhinderte ernstere Folgen. Sofort nachdem die Nachricht von der Hinrichtung in Bombay und Karachi bekannt geworden war, versammelten sich riesige Menschenmengen zu Demonstrationen, die bis in die frühen Morgenstunden des Montag andauerten. Frauen legten sich auf die Straßen und behinderten so den Verkehr. Die Straßenbahnen wurden mit Steinen bombardiert, ebenso die später anrückenden Polizeitruppen. In beiden Städten kam es zu schweren Kämpfen zwischen Polizei und Demonstranten. Viele Hunderte von Indern wurden durch Stockschläge verwundet. In Bombay wurden 25 Schwerverletzte ins Krankenhaus gebracht. Zahlreiche Männer und Frauen sind verhaftet worden. Der Montag war zum Zeichen des Protestes als Trauertag proklamiert worden. Die Mehrzahl der Geschäfte in Bombay blieb geschlossen, die Arbeiter streikten. Seit den Unruhen in Scholapur ist fast ein Jahr vergangen.

Schon deshalb mußten die nachträglichen Hinrichtungen der vier Inder als Provokation wirken. Eine vernünftige Politik hätte gerade jetzt vor dem Abschluß der englisch-indischen Konferenz ein solches Vorgehen vermieden. Mit Gewalt und Hinrichtungen läßt sich in Indien nicht mehr regieren. Solche Methoden versperrten selbst den gemäßigten Parteien den Weg zum Frieden.

Bundesstaat Indien.

London, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Der Verfassungsausschuß der englisch-indischen Konferenz hat am Montag der Vollkonferenz seinen Bericht vorgelegt. Die Vorschläge des Ausschusses gehen im großen und ganzen dahin, daß Indien zu einem großen Bundesstaat zusammengefaßt wird und die Geschichte Indiens in Zukunft in die Hände des indischen Volkes gelegt werden. Die Zentralregierung soll ein aus dem künftigen Parlament zu ernennendes Kabinett sein, über dem der Stellvertreter der englischen Krone steht. Dieser soll vor allem Vollmacht über die Verteidigung und das Militär haben. Soweit sich aus den bis jetzt bekannt gewordenen Nachrichten ersehen läßt, wird die vorgeschlagene Verfassung, wenn sie die Vollkonferenz bestätigt, ein Indien schaffen, das staatspolitisch etwa dem Deutschland der Vorkriegszeit ähnlich sein wird.

Thüringische Sabotage.

Bewußte Verzögerung von Einbürgerungssachen.

Im preussischen Landtag hatte der Abg. Kusche (Staatsp.) in einer kleinen Anfrage auf einen Beschluß des Landtags hingewiesen, wonach bei der Behandlung von Einbürgerungsanträgen die Praxis geübt werden soll, nach der Ausländer, die sich im Anlande zehn Jahr lang aufgehalten und einwandfrei geführt haben, eingebürgert werden. Es wurde erklärt, daß sich trotz dieses Landtagsbeschlusses die Fälle häuften, in denen völlig einwandfreie Persönlichkeiten, die nicht nur 10, sondern 20, 30, 40, ja zum Teil mehr sogar als 50 Jahre in Deutschland anständig seien, vergeblich auf die Aushändigung ihrer Einbürgerungsurkunde warteten. Die zuständige preussische Stelle habe auf Anfrage den Bescheid erteilt, daß die Schuld hieran nicht die preussische Regierung treffe.

Nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 hätten die übrigen deutschen Länder die Möglichkeit, gegen ein Einbürgerungsverwehren Bedenken zu erheben, über die dann der Reichsrat zu entscheiden habe. Obgleich von dieser Möglichkeit in den vorliegenden Fällen nur ein einziges Land Gebrauch gemacht habe, sei es bisher noch nicht möglich gewesen, eine Entscheidung des Reichsrats herbeizuführen. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob diese Auskunft zutreffend und die Vermutung richtig sei, daß das genannte Land Thüringen ist. Ferner wurde das Staatsministerium um Auskunft erjudt, ob es gewillt sei, zu tunen, „daß Herr Fried monatlang die Wünsche des preussischen Landtags und die Absichten der preussischen Verwaltung sabotiere, oder ob es auf beschleunigte Entscheidung des Reichsrats drängen werde.“

In der nunmehr ergangenen Antwort des preussischen Innenministers heißt es, daß die Staatsregierung nach wie vor den Wünschen des Landtags Rechnung trage und auch der Reichsinnenminister sämtliche Landesregierungen gebeten habe, ihre Einbürgerungspraxis in gleichem Sinne auszuüben. Es sei richtig, daß in den erwähnten Fällen lediglich Thüringen Einwendungen erhoben habe. Die preussische Staatsregierung habe sich bereits um eine beschleunigte Entscheidung des Reichsrats bemüht, die etwa in einem Monat zu erwarten sei.

Austritt aus der Dichterkademie.

Wie vom Amtlichen Preussischen Pressedienst mitgeteilt wird, haben zum Bedauern der Sektion für Dichtkunst die Mitglieder Dr. Erwin Guido Kolbenheyer, Dr. h. c. Wilhelm Schäfer und Dr. h. c. Emil Strauß ihren Austritt erklärt, weil sie die Aufhebung einer von der Hauptversammlung im Oktober vorigen Jahres angenommenen Geschäftsordnung mißbilligten. Diese Geschäftsordnung hatte sich nach Ansicht der Sektion für Dichtkunst als undurchführbar und sühnungswürdig erwiesen, da sie nur der einmal jährlich stattfindenden Hauptversammlung Beschlüsse gestattet und so während der ganzen übrigen Zeit die Arbeitsfähigkeit der Sektion unterband.

Das Kriegsoffer.

Keine Nachuntersuchung auf Grund der Notverordnung.

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird uns geschrieben: Im „Vorwärts“ Nr. 591 vom 18. Dezember 1930 wird in einem Aufsatz unter der Überschrift: „Das Kriegsoffer. Folgen des Lungenschusses — ein Opfer der Notverordnung“ der Fall eines Kriegsbeschädigten G. erwähnt, dem die Versorgungsrente infolge der Besserung seines Zustandes von 100 Proz. auf 70 Proz. herabgesetzt worden sei. Der Verfasser des Aufsatzes meint, daß die stattgefundenen ärztliche Nachuntersuchung und die darauf folgende Kürzung der Rente auf Grund der Vorschriften der Notverordnung der Reichsregierung erfolgt sei. Diese Ansicht ist irrig.

Auf Grund der Notverordnung finden teurer Nachuntersuchungen statt. Schon Anfang 1929 ist die terminmäßige Nachuntersuchung wieder aufgenommen worden, die wegen Ueberlastung der Versorgungsbehörden eine Zeitlang ausgesetzt war. Der in dem eingangs erwähnten Aufsatz genannte verheiratete Beschädigte mit einem Kinde bezog bisher eine Rente von 137,35 M. und die dazugehörige Zusatzrente von 52,05 M. monatlich. Ferner wird eine Invalidenrente von monatlich 38,80 M. gezahlt. Insgesamt erhielt er also 228,20 M. monatlich. Vom 1. Januar 1931 ab erhält er, da sich sein Zustand infolge einer Badekur nach ärztlichem Urteil wesentlich gebessert hatte, neben der Invalidenrente von 38,80 M. eine Rente von 83,80 M. und eine Zusatzrente von 34,70 M., insgesamt also 157,30 M. monatlich. Da G. wegen der Herabsetzung der Rente Berufung eingelegt hat, wird sich demnach das Versorgungsgericht mit der Angelegenheit zu befassen haben. Außerdem steht es ihm frei, beim Versorgungsgericht die Erhöhung seiner Rente zu beantragen, wenn er die Verschlimmerung eines seiner Versorgungsleiden glaubhaft machen kann.

Die Blutrache blüht noch immer.

30 Morde jährlich in Korsika.

Paris, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Das „Journal“ veröffentlicht eine Statistik über das Räuberwesen auf der Insel Korsika. Heute lebten noch 14 Räuber außerhalb des Gefängnis in der Wildnis. Die Ziffer sei verhältnismäßig gering, wenn man bedenke, daß sie noch im letzten Jahrhundert durchschnittlich 200 betragen habe. Alle diese Räuber seien recht ehrenwerte Männer, gute Patrioten und brave Familienväter, die lediglich einen Mord aus Blutrache auf dem Gewissen hätten. Sie seien des allgemeinen Ansehens sicher, und wenn die Polizei ihnen auch monatelang Schwierigkeiten bereite, so führten sie deshalb doch ein durchaus ruhiges Leben. Die Zahl der Morde aus Blutrache betrage augenblicklich noch 30 im Jahre. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts habe man durchschnittlich nicht weniger als 28 000 bis 29 000 (?) Blutrachemorde im Jahre gezählt, was bei einer Bevölkerung von 120 000 Seelen eine recht hohe Ziffer gewesen sei. Im letzten Jahrhundert sei die Zahl der Blutrachemorde auf durchschnittlich 150 gefallen.

Kriegsschuldendiskussion in USA.

M. Warburg fordert Erleichterungen für Deutschland.

In den Vereinigten Staaten ist die Diskussion über die inter-alliierten Kriegsschulden und das Reparationsproblem jetzt in Fluss gekommen. In den letzten Tagen haben zwei der bedeutendsten Bankiers des Landes, M. Warburg in New York und Dr. Wiggan, der Leiter der National Chase-Bank, der größten Bank der Welt, sich zu diesen entscheidenden Problemen eingehend geäußert und zwar bei Gelegenheiten, die ihren Neuherungen programmatische Bedeutung zukommen läßt.

M. Warburg sprach auf der Generalversammlung der Manhattan-Bankvereinigung, deren Vorsitzender er ist, über die Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise und warf im Verlauf dieser Rede der amerikanischen Regierung vor, daß sie eine Politik treibe, als ob die Vereinigten Staaten sich von den Wirtschaftskräften der übrigen Welt isolieren könnten. Die augenblickliche Krise aber zeige, daß diese Vogelstraußpolitik auf die Vereinigten Staaten selbst zurückschlage. Das natürliche Ergebnis dieser Politik sei der Zusammenbruch der europäischen Kaufkraft.

Besonders eingehend befaßte sich Warburg sodann mit den deutschen Verhältnissen. In Deutschland hätten die ordnungs- und rechtsliebenden Kräfte gerade eine schwere Schlacht für die Erhaltung der Demokratie und des Landescredits gewonnen. Deutschland habe alle Kräfte eingesetzt, um in seinem Hause Ordnung zu schaffen. Die Vereinigten Staaten sollten ihm daher Unterstützung in moralischer und materieller Hinsicht gewähren, damit Deutschland den Druck der Krise, der auf ihm als erschöpftem und seiner wirtschaftlichen Reserven beraubtem Lande, das zudem noch schwere Reparationslasten zu tragen habe, überwinden könne. Eine Voraussage sei nicht möglich, ob Deutschland zu der Klausel des Young-Plans seine Zuflucht nehmen würde, die für den un-

geschätzten Teil der Reparationen Zahlungsaufschub vorziehe. Zweifellos aber würde die Lage des Welthandels einen derartigen Schritt rechtfertigen.

Zu gleicher Zeit hat sich der Leiter der National-Chase-Bank, Mr. Wiggan, in dem soeben veröffentlichten Jahresbericht dieser Riesebank für eine Herabsetzung der inter-alliierten Kriegsschulden eingesetzt. Wiggan erklärt in dem Bericht, daß die Senkung der Kriegsschulden eine weit größere Bedeutung besitze als die Dollarköhe der Schulden selbst. Es sei unmöglich, daß das Ausland, und in erster Linie natürlich Europa, ständig enorme Beträge zur Zinsen- und Schuldentilgung in Dollar aufbringe und zugleich ein guter Kunde für amerikanische Exportwaren bleiben könne. Ohne auf die vielen Gründe des Für und Wider einer Schuldenregelung näher einzugehen, stellt der Bericht ausdrücklich fest, daß es für die Vereinigten Staaten gerade im gegenwärtigen Augenblick ein gutes Geschäft sei, eine Herabsetzung dieser internationalen Schulden einzuleiten. Die zusammengekrümpfte Ausfuhr der Vereinigten Staaten sei ein Warnungssignal dafür, in wie starkem Maße die jetzige zugespitzte Situation auch auf Amerika zurückwirke.

In der Frage der Konjunkturbelebung erklärte Mr. Wiggan, daß die Depression ihren Tiefstand bereits erreicht habe, und daß zum mindesten in den Vereinigten Staaten mit einem baldigen Aufschwung zu rechnen sei. Er erwarte, daß die Wirtschaftslage Ende 1931 erheblich besser sein werde als Ende des letzten Jahres.

Bei der hervorragenden Stellung, die M. Warburg und Mr. Wiggan im amerikanischen Wirtschaftsleben einnehmen, muß diesen Äußerungen eine Bedeutung zugemessen werden, die weit über das bei derartigen öffentlichen Erklärungen sonst angewandte Maß hinausgeht.

Ein neues Dsthilfegefetz.

Reichsminister Dr. Brüning über das Ergebnis der Ostreise.

Reichsminister Dr. Brüning gewährte nach seiner Rückkehr von der Ostgrenzreise einem Vertreter des WTB. eine Unterredung. Er führte etwa folgendes aus:

Die Fühlungnahme mit Vertretern aller Kreise der Grenzgebiete hat dem WTB von der örtlichen Not, der Wirkung der bisherigen Hilfsmaßnahmen und den dringenden Erfordernissen nächster und fernerer Zukunft neue und richtunggebende Züge eingefügt. Die Verwaltungsmaßnahmen und die Entscheidungen der Ministerien des Reiches und von Preußen, die in enger Verbindung mit den örtlichen Stellen durchzuführen sind, werden mit möglichst geringen Mitteln möglichst starke Wirkungen auslösen müssen.

Die Herabsetzung der Zinsen der alten Umschuldungshypotheken auf den Zinsbetrag der neuen wird zur Entscheidung stehen. Die Vereinbarungen zwischen den örtlichen Kreditinstituten über die Zinshöhe, die für Ostpreußen unter Leitung des Reichsbankpräsidenten abgeschlossen worden sind, werden durch entsprechende Verhandlungen auf die anderen Ostprovinzen ausgedehnt werden müssen.

Die Kapitalversorgung der Wirtschaft in allen östlichen Grenzbezirken wird zum Gegenstand nächster Beratungen mit den in Frage kommenden Kreditinstituten zu machen sein. Wie weit bei Schulden, die aus Anlaß dringender Notstände eingegangen worden sind, Entgegenkommen möglich ist, bedarf in diesem Zusammenhang rascher Klärung. Mängel, die sich in der Organisation des Kreditwesens, insbesondere bei Weiterleitung der Kredite zentraler Stellen durch die Genossenschaftler ergeben haben, müssen beseitigt werden. Mittel des Betriebsicherungsfonds sind im Rahmen des Möglichen sofort dort einzusetzen, wo die Not besonders groß und die Aussicht auf Erfolg gegeben ist.

Zahlreich sind die Wünsche, die auf der Reise entgegengenommen wurden. Sie liegen auf dem Gebiete der Verkehrspolitik, der Steuerpolitik und der Unterstützung in Sonderfällen. Die Wundbruchgebiete sind eine schwere Gefahr für den Bestand des deutschen Waldes. Die Reichsregierung wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen müssen, daß die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um diese Gefahr zu bekämpfen. Auch die anderen Anträge werden mit aller Sorgfalt zu prüfen und beschleunigt zu entscheiden sein.

Es wird alles geschehen, was in den Kräften der Regierung steht, um die möglichen Maßnahmen rasch wirksam werden zu lassen. Die Vorlage des Entwurfes eines neuen Dsthilfegefetzes steht unmittelbar bevor. Von der verständnisvollen Mitarbeit der Bevölkerung hängt aber der Erfolg zum wesentlichen Teile ab.

Der Kompaß war in Ordnung!

Der polnische Pilot hat nach dem Reichsminister erfragt.

Oppeln, 12. Januar.

Nach dem vorläufigen Abschluß der Vernehmung der beiden in Oppeln gelandeten polnischen Flieger wurden die Ermittlungen fortgesetzt. Das Ergebnis der Untersuchung scheint, soweit darüber näheres bekannt geworden ist, die Polen schwer zu belasten. Die aus Offizieren der 2. Kavalleriedivision bestehende Untersuchungskommission hat entgegen den Angaben des polnischen Piloten einwandfrei festgestellt, daß der Kompaß des Führerflugzeuges vollkommen in Ordnung war. Es sind auch erste Zweifel darüber aufgeklärt, ob die Angabe des Fliegers Wolf, in Kroku in Garnison zu stehen, den Tatsachen entspricht. Es wird vielmehr vermutet, daß er der Kattowitzer Fliegergarnison angehört. Es steht fest, daß Wolf unmittelbar nach seiner Festnahme durch den wachhabenden Reichswehrbergführer an diesen die Frage gerichtet hat: Ist Reichsminister Brüning heute in Oppeln? Diese unbedachte Frage spricht dafür, daß der Führerpilot wußte, daß er sich über Oppeln und nicht, wie er später angab, über Thorn befand. Die Unglaubwürdigkeit der Behauptung, die Oder mit der Weichsel verwechselt zu haben, wird durch seine Frage noch augenfälliger.

Der polnische Generalkonsul hat den Antrag gestellt, die in Schutzhaft befindlichen Piloten in einem Hotel unterzubringen. Die Kommandatur Oppeln hat diesen Antrag abgelehnt.

Polen bedauert.

Amlich wird mitgeteilt: Die polnische Regierung hat durch ihre Berliner Gesandtschaft wegen Uebersiedlung deutschen Gebiets durch polnische Militärflieger der Reichsregierung ihr Bedauern ausgesprochen.

Admirale und Stahelme. Wie das Reichswehrministerium mitteilt, hat der Chef der Marinestation der Nordsee, Vizeadmiral Tilleßen nicht an einer Abschiedsfeier für den von Wilhelmshaven wegziehenden Stahelmeinführer Valtorf teilgenommen, auch sei es nicht richtig, daß Admiral Ratthai Valtorfs Nachfolger geworden sei.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Inhalt: Walter Schill; Verantwortl. f. Anzeigen: A. Böhmer; Verleger: Franziska-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Franziska-Berlag-Druckerei und Verlagsanstalt West-Singul u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Seite 2 Beilage.

Das Urteil von Golassowik.

Drei Angeklagte sind Nationalpolen. / „Nationale“ Anklage zusammengebrochen.

Rybnik, 12. Januar.

Der Golassowiker Prozeß ist schneller zu Ende gegangen, als man erwarten konnte. Bald nach 8 Uhr abends verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil: Sieben von den acht Angeklagten werden für schuldig befunden. Es werden verurteilt: Die Angeklagten Kubia und Wafut zu je 1½ Jahren Gefängnis, der Angeklagte Swierze zu 1 Jahr Gefängnis, die Angeklagten Korschel, Wacławski, Oskar Szymik und Kurt Szymik zu je 6 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Prozeß wird freigesprochen. Die Untersuchungsbehörden werden sämtlichen Verurteilten in voller Höhe angedroht. Auch in der Urteilsbegründung ging der Vorsitzende mit feinem Wort auf politische Momente ein, wie sie in der Anklageschrift erörtert wurden.

Die Verhandlung vor der Strafkammer gegen die acht Bayern von Golassowik, die der Tötung des Politikers Sznapska beschuldigt sind, endete mit einer unparteiischen Sentenz. Nach der Beendigung der Hauptvernehmung verlangte der Verteidiger Dr. Baj, daß das Gericht die Angeklagten nach ihrer Nationalität befrage. Unter allgemeiner Bewegung im Zuhörerraum bekannten sich drei der acht Angeklagten, darunter auch der Hauptbeschuldigte Kubia, zur polnischen Nationalität. Damit war der Versuch des Staatsanwalts, den bedauerlichen Golassowiker Kaufhandel politisch

gegen die deutsche Minderheit auszuspielen, zusammengebrochen. Dieser Versuch, dem Prozeß eine politische Tendenz zu unterstellen, ging aus folgenden Sätzen der Anklageschrift hervor. „Die Beweggründe des Ueberfalls auf den Politbeamten Sznapska sind nur in der politischen Agitation, in dem Gegensatz der Nationalitäten und in dem Haß der Mitglieder der nationalen Minderheit gegen den polnischen Staat zu suchen. Dies findet noch seine Bestätigung in der seit einiger Zeit verstärkten organisatorischen Tätigkeit der deutschen Minderheit im dortigen Gebiet und in der Tatsache, daß alle Angeklagten der deutschen Minderheit angehören.“

Das Urteil im Nikolajew Prozeß.

Marlenburg, 12. Januar.

Nach vierstündiger Beratung erklärte der Vorsitzende folgendes Urteil: Der Angeklagte Gattschewski wird wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung, tätlicher und sonstiger Beleidigung zu vier Monaten und einer Woche Gefängnis, der Angeklagte Cholewinski aus denselben Gründen zu einem Monat Gefängnis und 20 Mark Geldstrafe, und der Angeklagte Patczynski zu 20 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung verurteilt. Der Angeklagte Gufowski wird freigesprochen.

erfolglos blieb, an den Präsidenten Calonder von der Gemischten Kommission für Oberschlesien.

In einem besonderen Abschnitt der Beschwerdeschrift wird der Wahlverlauf und die Wahl behandelt, gegen die in allen drei schlesischen Wahlkreisen von der Deutschen Wahlgenossenschaft Einspruch erhoben wurde. Das Ergebnis der Untersuchung sämtlicher Terrorakte hat Calonder der polnischen Regierung zur Stellungnahme überreicht, die daraufhin die Zusicherung gegeben hat, daß die schuldigen Beamten disziplinarisch bestraft und gegen die Täter ein Strafverfahren eingeleitet werden wird.

Bisher sind nach der Erklärung der Regierung gegen 17 Beamte Disziplinarverfahren eingeleitet und gegen 99 Zivilpersonen Strafverfahren eröffnet worden.

Da sich die Regierung nicht entschließen konnte, die Beilegung der Genfer Konvention zuzugeben, hat sich der Deutsche Volksbund veranlaßt gesehen, eine Beschwerde an den Völkerbundsrat mit dem Ersuchen zu richten, festzustellen, daß die Artikel 75 und 83 der Genfer Konvention verletzt worden sind, und ferner zu beschließen, daß die Wiederholung derartiger Vorkommnisse ausgeschlossen ist. Ebenso soll geprüft werden, ob die dem Völkerbund eingeräumte Sonderstellung aufrechterhalten werden kann.

Der oberschlesische Terror.

Völkerbund vom Deutschen Volksbund angerufen.

Kattowik, 12. Januar.

Die Beschwerde des deutschen Volksbundes, der offiziell anerkannten deutschen Minderheitsorganisation, an den Völkerbund zählt über hundert Terrorakte gegen die deutsche Minderheit auf, die besonders im Oktober und November verübt worden sind und durch ausführliche Protokolle auf 50 Aufschriften belegt werden. An den Ausschreitungen haben sich nach der Beschwerdeschrift nicht nur die Aufständischen beteiligt, sondern auch zahlreiche Beamte.

Die Terrorakte setzen nach der bekannnten Wahlrede des Ministers Trevelyan ein, gegen die in ganz Polen eine Reihe von Protestkundgebungen veranstaltet worden waren.

und steigerten sich in Osterschlesien ganz besonders nach der „anti-deutschen Woche“, die vom Aufständischenverband veranstaltet wurde. Nachdem die Vertreter der deutschen Minderheit beim Wojewoden Gracynski vergeblich Schutz der deutschen Minderheitsangehörigen verlangt haben, wandten sie sich am 1. November telegraphisch an den Innenminister, und als dieser Schritt ebenfalls

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Zusendung von 5 M an Obst, Gemüse u. verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Frisch. Fleisch

Rinderkamm u. Brust	0.90
Gulisch	1.00
Lieser	0.65
Rückenfett	0.68
Hammel-Vorderfl.	0.98
Kalbskamm	0.84
Kalbschnittel	2.00
Schweinebauch	0.98
Schweinerücken	0.94
Fr. Bratwurst	1.16
Rinderleber	1.18

Konserven

Karotten geschnitten	0.28
Gemüse-Erbsen	0.54
Junge Erbsen mittelfein	0.75
Haushalt-Gemüse	0.70

Leipziger Allerlei	0.78
Pflaumen	0.60
Preiselbeeren	0.90
Pflaumen-Konfitüre	0.95

Wurstwaren

Dampf- u. Roiw.	0.98
Landieber- u. Mettwurst	1.20
Leberwurst	1.50
Zerelatw. u. Salami	1.55
Teewurst	1.60

Käse

Camembert	0.25
Dän. Schweizer	0.80
Tilsiter	0.88
Holländer	0.90
Schweizer	1.18

Billige Lebensmittel

Fische

Seelachs	0.18
Roibars	0.24
Kabeljau	0.24
Fischfilet	0.30
Grüne Heringe	0.48
Bücklinge	0.30
Sprotten	0.45
Aale	2.40

Obst

Mandarinen	0.24
Zitronen	0.38
Apfelsinen	0.58
Kalt. Äpfel	0.35
Bananen	0.98

Gemüse

Rot- u. Weißkohl	0.06
Zwiebeln	0.05
Möhren	0.05
Rot- u. Weißkohl	0.05
Se-lerie	0.05
Schwarz- u. Weißkohl	0.45

Gänse	76, 92 Pf.
-------	------------

Enten und Hühner	95 Pf.
------------------	--------

Puten	98 Pf.
-------	--------

Hasen	80 Pf.
-------	--------

Fett

Margarine	0.40
Tafelbutter	1.52
Dän. Butter	1.76

„Die offene Tür.“

Wie Treptow für die Kinder sorgt. — Sozialdemokraten an der Arbeit.

Eine Ruhmeslat der modernen Kommunalverwaltung ist die Fürsorge für das Kind.

Zunächst ging es zu einer Kinderlesehalle des Bezirks: 5000 Jugendbücher stehen zur Auswahl für 8000 Volksschüler und 2000 „höhere“ Schüler.

entstanden sind, wird noch in anderem Zusammenhang zu reden sein. Jugend, und zwar Kinder und heranreifende Mädchen, begrüßte uns aber wieder im Kinderheim, das mit Recht den Beinamen „Die offene Tür“ trägt.

Franz Rothenfelder gestorben.

Genosse Dr. Franz Rothenfelder ist gestern morgen im St. Josephskloster in Berlin-Weißensee einem Herzschlag erlegen.

Ein seltsam verflungenes Menschenleben ist abgeschlossen. Franz Rothenfelder schien geschlagen mit dem Fluch, unfest und flüchtig auf Erden zu sein, und er litt schwer unter dieser Erkenntnis, die sich bei ihm allzu oft mehr auf Fühlen denn auf Wissen gründete.

Wenn auch das Trübe, das Traurige im Vordergrund seines Schaffens stand, so erkannte Franz Rothenfelder doch, wiederum zuerst aus dem Gefühl heraus, die historische Sendung des Proletariats, der unterdrückten Arbeiterklasse der kapitalistischen Epoche.

Seit Jahren krank, arbeitet Franz Rothenfelder mit einer Kraft, mit einer Hingabe von neuem aufgepeitschten Energie, die zu Achtung und Bewunderung zwingt. Sein Werk „Hioß“, das erfüllt ist mit Versen von allgeringster dichterischer Kraft und von der Funktion des Berlin gebraucht wurde, seine Sprechweise, seine Gedichte, die im „Vorwärts“, dessen Mitarbeiter er bis zuletzt war, in den Bruderkäutern der Provinz, in den Organen der Gewerkschaften und als wertvolle Sammlung im Verlage des Beteiligungsarbeiterverbandes erschienen, zeugen von seinem Können und Willen, das von Herz und Leidenschaft getragene.

Soll der Erben, Welt der Armenlosen, Sei Weg, eh' Deines Winters Schreden tosen.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am kommenden Donnerstag, dem 15. Januar 1931, statt. Beginn der Beratungen um 16 Uhr.

Liebestragödie im Hotel.

Mordgerücht am Steffiner Bahnhof. — Die seltsamen Genickschüsse.

Am 5. Januar war in einem Hotel in der Invalidenstraße in der Nähe des Steffiner Bahnhofs ein Paar abgestiegen, das sich als Kaufmann Garletz und Frau aus Hannover ins Fremdenbuch eingetragen hatte.

Wäch an die Kunden aus. Als sie in der Straße 16 ein Haus betreten wollte, kam ihr ein junger Mann entgegen, der ihr plötzlich einen Stoß versetzte und den Korb mit den Backwaren, in dem sich auch 12 M. bares Geld befanden, entriß.

Mit 100000 M. geflüchtet.

Gemeindekasse geraubt. — Jagd hinter dem Räuber.

Köln, 12. Januar.

Der 36 Jahre alte Kandidat des Bürgermeistersamts Tuernich (Kreis Bergheim), Gerhard Schloemer, ist seit gestern mittag unter Mitnahme der Gemeindekasse, in der sich über 100000 M. befanden, flüchtig. Zur Flucht benutzte er einen Kraftwagen.

Stadtrat Stadthagen 25 Jahre im Dienste Berlins. Der Gemein- und Oberbürgermeister Dr. Stadthagen feierte kürzlich sein 25jähriges Jubiläum als Ehrenbeamter im Dienste der Stadt Berlin.

Schussvorrichtung tötet drei Kinder.

Paris, 12. Januar.

Ein entsetzliches Unglück, das drei Kindern das Leben kostete, ereignete sich am Sonntag in Rejoia in der spanischen Provinz Navarre. Ein Grundbesitzer hatte an seiner Haustür eine Schussvorrichtung anbringen lassen, um vor Eindringlingen sicher zu sein.

Er hatte Hunger!

Ein Heberfall, zu dem der Täter aus Hunger getrieben wurde, ist am Montag in Bukow verübt worden. Für einen Wächhändler trägt dort morgens eine Frau D. Backwaren und

die erteilten Bestellungen, gewährte aber einen Nachlaß von fünfzehn Proz. auf die bisherigen Preise.

Diesmal lächelte Ludwig nicht, als er von Himmelsbach nach Hause fuhr. Wie begossen kam er sich vor, durchnäht bis auf die Haut. Fröstelnd zog er den Kopf in die Schultern und trotzte in die Fabrik zurück, Besiegter auf der ganzen Linie.

Die ganze Nacht über, die diesem Tage folgte, brannte in den Kontorräumen der Firma Ludwig Eisermann Licht. Ludwig und Sandow saßen sich gegenüber und kalkulierten.

Doch so viel sie auch rechneten, es stellte sich heraus, daß sie am Material und an den Zutaten nicht sparen konnten. Im Gegenteil, das Material gleich welcher Bedarfsart, erwies sich als feste Substanz, deren Preis sogar, wie die Erfahrung gelehrt hatte, mit jedem neuen Einkauf stieg.

Aber der andere Teil der Substanz des Fertigprodukts, der darin investierte Arbeitslohn, dieser erwies sich als dehnbar. Und an dieser dehnbaren Substanz baute Ludwig die Preise ab.

Sandow war anfänglich dagegen: „Menschenkind, das geht doch nicht! Was soll diese Lohnrückerei? Es hat doch schließlich jeder das Recht, seine Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen!“

„Richtig. Aber ich habe das Recht, sie so billig als möglich zu erstehen, nicht? Außerdem, schau dir doch mal die Löhne meiner Leute an: selbst bei heruntergedrückten Akkordlöhnen sind sie immer noch um ein Beträchtliches höher als die Spitzenlöhne anderer Industrien. Die Metallindustrie zum Beispiel, die vor dem Krieg am besten bezahlt hat. Im Vergleich zu uns zahlt sie geradezu Hungerlöhne!“

Sandow brauste auf: „Das ist ganz was anderes! Die Metallindustrie ist technisch soweit durchgebildet, daß sie keine hochqualifizierten Arbeiter mehr braucht oder doch nur in Ausnahmefällen. Sie kann jeden ungelerten Arbeiter, der ein paar Handgriffe kapiert, an ihre Maschinen stellen!“

„Gut!“ erwiderte Ludwig, „dann müssen wir hier, in der Möbelfabrikation, ebensoweit kommen!“

Sandow medierte. „Gib dich keinen Illusionen hin. Das wird nie möglich sein. Unser Beruf ist so vielseitig und kompliziert, daß er keine ungelerten Arbeiter verträgt.“

Ludwig stand auf und streckte sich: „Ich werde dir be-

weisen, daß es doch geht! Ich baue ein neues Arbeitssystem aus, das auf ungelernete zugeschnitten ist! Jeder seine zehn Handgriffe! Pah auf!“

„Na, viel Erfolg! Unsere Industrie kommt dann noch mehr auf den Hund, und die gelerten Arbeiter können betteln gehen!“ Sandow war erschrocken bis in die Rippen, als er das sagte.

Ludwig schaute ihn verwundert an: „Ich verstehe nicht, daß dich das so aufregt. Das Hemd liegt mir doch näher als der Rock. Wenn schon betteln gegangen werden muß, dann besser die ändern als du und ich!“

Schweigen fiel ein. Irgendwo erwachte gähnend der Tag, schickte das Gebrüll einer frühen Stürme aus dem Rauchraden.

Die ersten Frühzüge donnerten über die Stadtbahnbogen. „Es wird Zeit zum Heimgehen!“

Schwerfällig fielen die eisernen Fabrikturen hinter den beiden ins Schloß.

Einen Augenblick blieben Ludwig und Sandow auf der Straße stehen, erschauernd vor der plötzlichen Frische und Kälte der Morgenluft.

Dann trennten sie sich. Zum ersten Male seit langen Jahren gingen sie auseinander ohne Handschlag.

Ludwig hielt Wort und führte den angekündigten Beweis. Schon zwei Tage später hatte er das neue technische System in den Grundzügen fertig und demonstrierte es Sandow.

Der mußte sich geschlagen geben. Als Fachmann sah er ein, daß die neue Methode ein gewaltiges Plus bedeutete. Eine Einsparung von rund zwanzig Prozent im Produktionsgang war so überzeugend, daß sie die paar Bedenken, die aufkeimen wollten, sofort niedertrat. Um so mehr, als die bisher bestehenden Akkordlöhne nur unwesentlich geführt waren.

Ludwig rieb sich vergnügt die Hände, als er Sandows entspannt und heiter werdendes Gesicht sah.

„Nun aber rangehalten, alter Schwede!“ sagte er, „schon Montag wollen wir mit dem Kraftsystem anfangen!“ Er kam aber an diesem Montag nicht dazu. Denn als er am Morgen in der Fabrik erschien, hatten alle Gefellen die Arbeit niedergelegt.

„Politischer Streik!“ erklärte Sandow. (Fortsetzung folgt.)

W. Soemann & Wöhle Unternehmer

Himmelsbach ging ins Kontor zurück und kam mit einer Rechnung wieder. Er zeigte sie Ludwig. Ludwig las den Kopf einer Konkurrenzfirma, die bisher gar nicht wichtig zu nehmen war, und staunte. Sein Staunen wuchs, als er die Endsumme las. Kopfschüttelnd sagte er: „Das ist mir alles rätselhaft, Himmelsbach. Wissen Sie, unter uns gesagt, ich bin nicht imstande, solche Ware für diesen Preis zu liefern!“

Heimarbeiterlos!

Tragödie der Not. — Die Tat einer verzweifelten Mutter.

Die furchtbare Verzweiflungstat der 45jährigen Witwe Emma Schmidt in Brügge, die ihren zehnjährigen Sohn Willi, wie im „Abend“ berichtet, tötete und sich selbst durch Gas vergiftete, stellt sich jetzt als eine erschütternde Tragödie der Not heraus.

Die unglückliche Frau bewohnte mit ihrem Kinde in der Hanne-mannstraße 35 in Brügge ein kleines Häuschen. Früher, als der Mann noch lebte, der Werkmeister in einem Metallbetriebe war, ging es der Familie recht gut. Das Unheil brach herein, als Schmidt vor mehr als Jahresfrist wegen eines schweren Leidens freiwillig aus dem Leben schied. Die Frau stand mit ihren Kindern, außer dem zehnjährigen Willi war noch ein jetzt 13 Jahre altes Mädchen der Ehe entsprossen, so gut wie mittellos da. Das Mädchen brachte Frau Sch. bei Verwandten außerhalb unter. Den Unterhalt für sich und ihren Jungen verdiente sie sich mühsam durch Näher. In der letzten Zeit stieg die Not im Hause, der farge Verdienst der Witwe reichte für die beiden Menschen bei weitem nicht aus und so sah die unglückliche Mutter als einzigen Ausweg nur noch den Tod, in den sie ihr Kind mitnahm.

Tragödie der Not! Wie oft muß man diese drei knappen Worte als erklärenden Schlüssel für die Verzweiflungstaten zusammengebrochener Menschen gebrauchen! Und welcher Leidensweg gequälter Kreaturen liegt dahinter! Wie viele Male mag jene arme Heimarbeiterin erschöpft in der Nacht zusammengebrochen sein und dann am nächsten Morgen trotzdem wieder den Kampf für sich und ihren Jungen aufgenommen haben. Bis dann die Flut der Verzweiflung alles verschüttete, weil alles unsonst schien. Der Hunger seine grimmige Frohe immer wieder durch die Türspalte kochte.

Heimarbeiterlos! Aber den Heimarbeitern geht es doch so gut!

Tribüneneinsturz in New York.

150 Personen verletzt.

New York, 12. Januar.

Ein folgenschweres Unglück ereignete sich in Brooklyn. Bei einer in der Waffenhalle des 106. Regiments stattfindenden Sportveranstaltung stürzte eine mit 1000 Zuschauern besetzte Tribüne ein, wobei 150 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Nähere Angaben fehlen noch.

Wieder ein Waffenlager ausgehoben.

Von der Politischen Polizei ist, wie wir hören, gestern im Nordosten Berlins ein größeres Waffenlager ausgehoben worden. Mehrere Kisten, die Gewehre, Patronen und andere Waffen enthielten, wurden beschlagnahmt. Der Besitzer des geheimen Waffenlagers ist ermittelt und festgenommen worden.

Eine größere Zahl Kommunisten fiel gestern Abend in der Stargarder Straße über fünf Mitglieder des früheren deutschen Pfadfinderbundes her. Bei der Schlägerei erlitten drei Personen leichte Verletzungen. Die Täter entkamen.

Zwei gefährliche Brände.

Die Feuerwehr war am Montagmorgen mit der Bekämpfung zweier gefährlicher Brände beschäftigt. Infolge Ueberheizung gerieten in einem Lagerraum der Firma I. in der Chausseestraße 46 Felle und Papierporräte in Brand. In einstündiger Löschfähigkeit konnten die Flammen erstickt werden. — Fast zur gleichen Zeit wurde die Steglitzer Wehr nach dem Hütgeschloß von Brodheim, Am Markt 2, alarmiert, wo im Hütlager aus noch unbekannter Ursache Feuer entstanden war. Das Lager brannte völlig aus, doch gelang es, ein Umschlagreifen des Brandes zu verhindern. Der Schaden ist erheblich.

Berliner Ingenieur in Spanien verschollen.

Auf einer Geschäftsreise nach Spanien ist der 38 Jahre alte Ingenieur Otto Grohmann verschollen, der zuletzt in der Bismarckstraße 28 in Charlottenburg wohnte. Grohmann war früher im Siemenswerk tätig und gab am 28. November v. J. seine Wohnung auf. Sein Plan ging dahin, Barcelona und Bilbao aufzusuchen. Briefe, die nach Spanien ihm nachgeschickt wurden, kamen zurück, er selbst hat auch kein Lebenszeichen mehr gegeben. Da kein Grund vorlag, weshalb er freiwillig schweigen sollte, so wird befürchtet, daß er während der spanischen Unruhen zu Schaden gekommen ist.

Nazi-Terror in Berlin W.

Das nationalsozialistische Verkehrsrotal in der Lützowstraße wird allmählich zu einer unerträglichen Plage für die Anwohner dieser Gegend. Junge Reichsbannerleute und Mitglieder der SA, die in der Nähe dieser „Gaststätte“ wohnen, werden ständig angegriffen und ihrer Abzeichen beraubt. Es erscheint unbedingt notwendig, daß ein Polizeiposten an der Ecke Lützow- und Körnerstraße stationiert wird, da die Burschen an dieser Ecke hauptsächlich ihr Unwesen treiben. Wie uns das Reichsbanner mitteilt, wird es zu sofortigen Gegenmaßnahmen greifen, wenn noch einmal ein Republikaner angegriffen wird.

Umlegung des Leibniz-Gymnasiums.

Die vom Magistrat geplante Verlegung des Leibniz-Gymnasiums in die Räume der Karl-Richards-Realschule erregt in den Kreisen der Elternschaft Beunruhigung, da sie nach dem Urteil aller Sachkenner den Untergang des letzten Gymnasiums des Berliner Ostens bedeuten würde. Die Anstalt wird fast ausschließlich von Kindern der erwerbstätigen Bevölkerung besucht. Nach ihrem Eingehen würde in den Stadtbezirken Kreuzberg und Friedrichshagen und in sämtlichen östlichen Vororten dem kleinen Mann die Möglichkeit genommen sein, seinen Sohn auf ein humanistisches Gymnasium zu schicken. Es ist von maßgebender Stelle der Vorschlag gemacht worden, zunächst vier Klassen der genannten Realschule im Gebäude des Leibniz-Gymnasiums unterzubringen, wobei dieses an seiner alten Stelle erhalten bliebe. Dieser Gedanke wird von Elternschaft, Direktor und Kollegium aufs lebhafteste begrüßt weil er beiden Seiten gerecht wird: er schafft der beengten Realschule Raum und sichert dem bedrohten Leibniz-Gymnasium seine Existenz. Ueberdies verursacht er der Stadt Berlin weit geringere Kosten, als mit dem Tausche der beiden Anstalten unvermeidlich verbunden wären. Hoffentlich gelangt diese glückliche Lösung zur Durchführung.

„Ich wollte sie ermorden!“

Der Bäckerlehrling vor Gericht. — Ein interessanter Freispruch.

Vor dem großen Jugendgericht Neukölln — zwei Be-ratslehrern und drei Schöffen, darunter zwei Lehrern — verantwortete sich gestern der 17jährige Bäckerlehrling Hans K. wegen verurteilten Mordes. Drei Sachverständige — Professor Cramer, Sanitätsrat Dr. Leppmann und der Psychoanalytiker Dr. Simmel — mühten sich gemeinsam mit dem Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Cährse, neun Stunden lang ab, um über Persönlichkeit und Tat des Angeklagten vollkommene Klarheit zu erhalten.

Hans K. macht keinen schlechten Eindruck. Im Aussehen hat er nichts Auffälliges. Zum zusammenhängenden Erzählen ist er nicht zu bewegen. Er antwortet eigentlich nur auf die Fragen, die an ihn gerichtet werden. So erzählt man nur ganz allmählich ein Bild von seinen Knabenjahren. Im Alter von elf Jahren verlor er seinen Vater. Seit der Zeit arbeitete er in verschiedenen Geschäften als Laufbursche, weil er glaubte, die Mutter unterstützen und mitverdienen zu müssen. Die Schule — er wohnte mit der Mutter in einem Berliner Vorort — verließ er aus der zweiten Klasse. Anfangs arbeitete er in einer Molkerei. Als die Mutter ihm Barmwürste machte, daß er kein Geld nach Hause bringe, stahl er auf seiner Arbeitsstelle zwei Hühner. Das Jugendgericht verurteilte ihn zu einer Woche Gefängnis und gab ihm für drei Jahre Bewährungsfrist. Später kam der Junge in die Lehre zu einem Bäckermeister in Neukölln. Zuerst gefiel es ihm hier ganz gut; er schlief in der guten Stube, bekam genug zu essen. Der Meister und die Meisterin waren gut zu ihm, er spielte mit ihnen Schach, Dame, Rühle usw. Freunde hatte er nicht — auch früher hatte er nie welche besessen. Er war ein bescheidener und ruhiger Junge. Als er sechs Monate auf der Stellung gewesen war, begann sich das Verhältnis der Meisterin zu ihm zu ändern. Sie schalt ihn nicht selten auch in Gegenwart der Rundschau, nörgele an ihm herum, das Essen wurde knapper, Frühstück gab es überhaupt nicht mehr. Es kam schließlich so weit, daß Hans, um mit der Frau Meisterin nicht sprechen zu müssen, absichtlich später zum Abendessen kam. Der Meister kümmerte sich wenig um das Geschäft. Er verbrachte nicht selten die Nächte außerhalb des Hauses, spielte auf der Rennbahn, verpraßte das Geld. Das Verhältnis zwischen Frau und Mann war kein gutes. Der Junge nahm Partei für den Meister. Eines Tages sagte dieser: „Wenn die Meisterin nicht wäre, hätten wir es alle besser.“ Ein anderes Mal sagte er: „Mit dem Strick muß man dich aufhängen.“ Er meinte damit den Strick, den Hans jeden Tag bei seinen Motorradfahrten zum Zusammenbinden der Badware benutzte. Das Motorrad war aber dem Jungen eine Quelle ständiger Unlust; die alte, klapprige Maschine hatte ihm mehr als eine Strafanzeige eingebracht, die der Meister von dem Taschengeld des Jungen bezahlte. Hans wurde in der letzten Zeit überhaupt knapp gehalten. Wenn er am Sonntag ausging, erhielt er nicht wie früher drei Mark, sondern mußte sich mit einer Mark begnügen. Das Geschäft ging schlecht, die Meisterin geizte und sparte, wo sie nur konnte. Der Lehrling rannnte sich gewissermaßen in eine „Affektverbissenheit“ gegen die Meisterin hinein. Er befand sich ihr gegenüber in einer ständigen Opposition, fühlte sich in seiner Manneswürde durch sie gekränkt, konnte ihr nicht vergeben, daß sie, die sich früher ihm gegenüber so mütterlich benommen, ihn jetzt, wie er glaubte, ständig demütigte. Erhöht wurde die

Sacheinstellung gegen sie durch eine für ihn unbewusste erotische Bindung.

In dieser feilschen Verfassung setzte er sich am 29. August zum Abendbrot. Es erwartete ihn aber eine neue Kränkung. Als der Meister etwas erzählte, sagte die Meisterin: „Der Hans quatscht doch weiter.“ Nun sah er stumm da, ah nicht sein Abendbrot und schluckte es herunter, als die anderen bereits fertig waren.

„Den Strick um den Hals!“

Als er seine Abendarbeit erledigt hatte und in die Schlafstube ging, sah er den Strick hängen. „Den hänge ich dir aber jetzt um den Hals“, sagte er zu sich. Er schlief sofort wie tot ein — es war ja Freitag, der schwerste Arbeitstag —, schreckte um 12 Uhr nachts aus dem Schlaf, als der Meister, der mit dem Bruder in derselben Stube schlief, nach Hause kam und erwachte um 4 Uhr morgens, eine halbe Stunde früher als gewöhnlich. Er zog die Hosen an, nahm im Korridor den Strick vom Nagel, begab sich in das Schlafzimmer der Meisterin. Diese erwachte, rief „Papa“ — sie glaubte, es sei ihr Mann —. Hans tastete an ihrem Halss her, sie wehrte sich, fiel zu Boden, Hans kniete neben ihr, würgte sie, sein Finger rutschte in ihren Mund, jetzt schrie sie Lotte — das war die Hausangestellte —, Hans ließ plötzlich von ihr ab.

Die Meisterin liegt nackt auf die Straße.

Die Meisterin hatte beim Ringen das Hemd verloren; Mann und Schwager, durch die Hausangestellte gewacht, liefen herbei, niemand wußte, was los ist, erst später wurde man sich darüber klar, daß Hans der Uebelthäter gewesen sein mußte. Als die Polizei erschien, ging der Bekehrte dem Treppenturm, wo er sich aufgehalten hatte, ruhig entgegen. Dem Kriminalbeamten sagte er:

„Ich habe die Meisterin ermorden wollen!“

Daselbe wiederholte er später dem Amtsgerichtsrat gegenüber und den Sachverständigen. Vor Gericht sagte er gestern, er wisse nicht, weshalb er das alles getan habe.

Die Beweisaufnahme gestaltete sich für den Siebzehnjährigen äußerst günstig. Die Tat war in keiner Weise in Beziehung zu ihm zu bringen. Alle drei Sachverständigen waren der Ansicht, daß sie sozusagen in einem halbweisen Zustand automatisch begangen worden sei, daß sie einer psychopathologischen Störung des Substitutionsalters entspringt; die angehäuften Affekte fanden nicht die Hemmungen, wie im wachen Zustande. Es sei deshalb auf den Angeklagten der § 3 des Jugendgerichtsgesetzes anzuwenden, der die Verantwortung wegen mangelnder Einsicht in die Ungefährlichkeit der Tat oder Unfähigkeit, seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen, behandelt. Der Staatsanwalt beantragte darauf Einstellung des Verfahrens. Das Gericht sprach den Angeklagten frei — allerdings nicht wegen mangelnder Einsicht in die Ungefährlichkeit seiner Handlungswelt, sondern wegen Unfähigkeit, den Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen. Der 17jährige Hans K. wurde sofort aus der Haft entlassen. Es wird unter allen Umständen notwendig sein, daß das Jugendamt unablässig seine schützende Hand über ihn hält.

„Jedes Kind muß Keile friegen.“

Schwere Erziehungsfehler eines Vaters.

Das Schöffengericht Berlin-Wedding verurteilte einen Vater, der sein dreijähriges Söhnchen schwer mißhandelt hatte, zu 3 Monaten Gefängnis.

Als in diesem Prozeß der Leiter der Säuglingsfürsorge beim Bezirksamt Wedding dem Angeklagten sagte, sein Kind müsse unter allen Umständen von ihm ferngehalten werden, schlug der Vater die Hände über dem Kopf zusammen, schluchzte laut auf und entfernte sich eigenmächtig durch den Gang, der zu dem Untersuchungsgesängnis führt, aus dem Gerichtsfoal. Er wurde von dem Justizwachmeister zurückgeholt und rief zum Richterlich hinüber: „Geben Sie mir eine noch so hohe Strafe, lassen Sie mir aber das Kind.“ Auf der Zeugenbank aber sah neben ihren Kindern aus der ersten Ehe die Mutter des mißhandelten Dreijährigen, den der Vater fast täglich mit Ohrfeigen und Schlägen über die Finger „strafte“. Zwei bis dreimal im Monat wurde das Kind mit dem Rohrstock auf das Gesicht geschlagen und in den Stall gesperrt.

Der 46jährige Mann, Händler von Beruf, 15mal vorbestraft, darunter auch einmal wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu vier Jahren Gefängnis, war nicht nur überzeugt, daß jedes Kind Keile friegen müsse, sondern auch der Ansicht, daß das „halsstarrige“ und „eigenfinnige“ Kind nur durch Schläge erzogen werden konnte. Sobald das Dreijährige den Vater sah, weinte es; das genigte, um den Jörn des Mannes zu entfachen, dann gab es Schläge. Die Erziehungsmethoden der Mutter, die glaubte, mit Liebe mehr machen zu können, stießen beim Manne — er hatte die Frau erst 1927 geheiratet — auf stärksten Widerwillen. „Du verdirbst das Kind, ich gebe es ins Waisenhaus.“ Die Mutter protestierte. Als aber eines Tages der Vater den Kleinen mit dem Rohrstock in der besten Weise geprügelt hatte, erklärte die Mutter: „Jetzt gehe ich zum Jugendamt.“ — „Schön, dann sollst du wenigstens einen Grund dazu haben“, sagte der Vater und verriete dem Kind brutal einen Schlag ins Gesicht.

Der Arzt fand auf der rechten Gesichtshälfte des Dreijährigen eine blutunterlaufene Fläche, die von zahlreichen Stochleben herrührte, und weiterhin blutunterlaufene Striemen und Stellen auf verschiedenen Körperteilen. Vor Gericht nannte der Arzt das eine schwere Ueberreizung des Züchtigungsrechts. Schon die Anwendung eines Rohrstocks bei der Erziehung eines dreijährigen Kindes bedeute eine solche Ueberreizung.

Der Angeklagte führte zu seiner Rechtfertigung an, daß der Dreijährige höchst ungezogen und unerzogen war, daß er einen Kanarienvogel zerquetscht, Tiere gequält habe und anderes. Die Frau und die Stiefmutter wußten jedoch nur von dem verschärferten und gedrückten Blick des Kleinen zu berichten; der Stiefsohn außerdem noch, daß er mit Erlaubnis des Vaters Früchte geholt, sie zerissen und den Hühnern zu fressen gegeben habe — in Gegenwart des Dreijährigen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung hieß es u. a., daß eine Ueberreizung des Züchtigungsrechts nur in der letzten Mißhandlung ersicht werden konnte, nicht jedoch in den übrigen Züchtigun-

gen. Eine Äußerung, die nicht widerspruchsfrei entgegengenommen werden kann.

Die Frau aber hat die Scheidungsklage eingereicht.

Selbstmord eines Amtsgerichtsrats.

Reichenbach i. Bogll., 12. Januar.

Amtsgerichtsrat Schubert wurde heute in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Seine Ehefrau lag mit eingeschlagenem Schädeltot im Bett. Wie die polizeilichen und gerichtlichen Ermittlungen ergeben haben, liegt zweifellos Mord und Selbstmord vor. Durch das Bellen eines Hundes, das aus der Schubertschen Wohnung drang, waren Hausbewohner alarmiert worden und hatten daraufhin die Polizei benachrichtigt. Ueber die Beweggründe der Tat konnten bisher keine Feststellungen getroffen werden.

Martin Sochaczewski gestorben. Martin Sochaczewski, einer der ältesten Berliner Journalisten, ist am Sonntagvormittag im Alter von 76 Jahren an einem Herzschlag plötzlich verstorben. Martin Sochaczewski gründete 1886 in Berlin die BS-Korrespondenz, die er bis zu seinem Tode geleitet hat.

Rose-Theater: Zwangseinquartierung. Ein handfester Schwanz der bewährten Stücke-Autorens Arnold u. Bach, der trotz seines hochbelagten Alters nichts an Humor eingebüßt hat; Vater Schwalbe, der nach langen Arbeitsjahren sich zur Ruhe setzen will, gerät in ein dichtes Gestrüpp von Hausmiseren, heimlichen, ungewollten Besuchten seines Eidams und Neffen Gerhard, und um das Maß seines häuslichen Ungemachs voll zu machen, präsentiert sich auch noch zu guter Letzt das lebende Vermächtnis einer Jugendstunde. Aber Ende gut, alles gut, der häusliche Friede wird wieder hergestellt, der Kette kriegt seine Herzensdame, und für das freigewordene Bräutchen findet sich sehr rasch ein Freiermann. Edgar Kunisch als vielacplakter Ruhestandsadvokat, Ferdinand Fritze sein Neffe, Hans Rose als der Erbschaftsmann und auch alle übrigen Darsteller waren mit Laune und Tempo bei der Sache. Das gutbesetzte Haus amisierte sich, in der Pause gab es für ganze 30 Pf. Kaffee mit Kuchen, und für denselben Betrag konnte man auch schon einen Sitzplatz bekommen. Sehr hübsch und erwähnenswert die überaus saubere Regie und die geschmackvolle Bühnendekoration.

Blutkat in religiösem Wahn. Zu unserem Bericht über die Bluttat des Spandauer Oberpostsekretärs, der seinen 1 1/2 Jahre alten Sohn im religiösen Wahn ermordet hat, schreibt uns Herr Rechtsanwalt Dr. Hejikel im Auftrag der Herbatolaja-Hellmittel-Vertrieb G. m. b. H., Berlin W. 35, Potsdamer Str. 33, daß die Herbatolaja-Hellmittel-Vertrieb G. m. b. H. eine Handelsgesellschaft ist, die Krüuterextrakttabletten an Apotheken vertreibt und außerdem eine Beratungsstelle für die Verwendung der Tabletten unterhält. Jede religiöse, mystische, metaphysische, wahnhaftige u. u. Tätigkeit liege der Gesellschaft fern. Sie gebe auch keine Schriften oder Vorträge heraus, es sei denn eine Broschüre, die sich lediglich mit der Verwendung der Krüuterextrakttabletten gegen Leiden befaßt. Der Täter Schöckle sei niemals bei der Firma vorstellig geworden, und hier vollständig unbekannt.

Bändigung der Wirtschaft.

Der Mensch braucht Freiheit.

Die letzten Wochen des verfloffenen Jahres haben eine bittere Enttäuschung gebracht. Seit September bestand wenigstens in einem Teil der von der Krise ergriffenen Länder die Hoffnung, daß der Tiefpunkt der Depression schon überschritten und die Wiederanbahnung der Wirtschaft in Sicht ist. Man hörte vor allem in den Vereinigten Staaten und auch in England hoffnungsvollere Töne. Man sah schon in den beiden genannten Ländern einige Anläufe der Belebung in den für den breiten Konsum arbeitenden Industrien. Die Abwärtsbewegung der Großhandelspreise schien schon zum Stillstand gekommen oder unmittelbar vor ihrem Abschluß zu sein. Die Einzelhandelspreise pochten sich zwar nur sehr langsam an die veränderte Kaufkraft an, im Herbst schien aber schon eine zientliche Anpassung erreicht zu werden, und die Umsätze des Einzelhandels haben im Oktober und November, unter Berücksichtigung der Preisentwertung, eher einen größeren als einen geringeren Umfang als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres gehabt. Alles schien dafür zu sprechen, daß die erste Stufe der Stabilisierung der Beschäftigung, nämlich die Festigung des Geschäfts auf dem Gebiete der wichtigsten Konsumgüter schon erreicht sei. Auch die Nachrichten aus mehreren anderen Ländern klangen etwas optimistischer. Der Ausklang des Jahres war aber um so enttäuschender. Die einzige optimistische Note war eigentlich die vorsichtig ausgesprochene Hoffnung, daß vielleicht die neue Vertiefung der Depression im Laufe des Dezembers endlich

den Tiefpunkt der Depression

bedeutete. Böttlich schreibt der englische „Economist“ vom 27. Dezember in seiner letzten monatlichen Uebersicht:

„Mehr als einmal im Laufe der letzten zwölf Monate schien der Tiefpunkt der Depression schon erreicht zu sein, jedesmal aber drehte sich nach wenigen Wochen der Hoffnung die Kurve der Entwicklung wieder einmal unzweideutig nach unten. Im Dezember hat sich leider die gleiche Geschichte wiederholt.“

Aus Amerika wurde von einem neuen Rückgang der Preise gemeldet, sowie von einem weiteren Rückgang der Güterbeförderung durch die Eisenbahnen. Die Stahlherzeugung sank in der zweiten Dezemberhälfte auf 34 Proz. der Produktionskapazität. Am 1. Januar hat der amerikanische Wirtschaftsminister Lamont zwar mit dem üblichen offiziellen Optimismus über die Zukunft gesprochen, hat aber nur wenige Anläufe zur Besserung anführen können. Er erwähnte nämlich die Zunahme der Spareinlagen, das gute Geschäft in der Lebensversicherung, eine scharfe Abnahme der Lagerbestände und eine gewisse Steigerung des Einzelhandels. Daher leitete er die Hoffnung ab, daß eine „Aufbewegung“ der breiten Schichten, die ihre Ersparnisse dazu verwenden werden, demnächst einsehen wird.

Wir in Deutschland haben noch weniger Grund anzunehmen, daß der Tiefpunkt der Depression schon hinter uns liegt. Die unglückselige

Verknüpfung des Preisabbaus mit dem Lohnabbau.

dieser Auswuchs des blutigsten wirtschaftlichen Dilettantismus, droht vielmehr noch sehr viel Unheil anzurichten. Zu dem neuen Herd der Verschärfung der Krise droht zugleich die Verschlechterung der Wirtschaftslage in Frankreich zu werden. Die französischen Arbeitslosenziffern erscheinen uns zwar fast gleich Null, sie erfassen aber nur die französischen Bürger. Von der Verschlechterung der Beschäftigung werden in Frankreich zunächst nur die eingewanderten Arbeiter betroffen, wie überhaupt die Abschwächung der französischen Konjunktur zunächst die Zunahme der Arbeitslosigkeit weniger in Frankreich selbst bewirkt als in den Ländern, aus welchen sonst die Arbeitskräfte zu dem französischen Arbeitsmarkt (Polen, Italien) zu strömen pflegen.

Die Verschlechterung im Dezember war sozusagen nicht programmäßig. Sie wirkte enttäuschend, weil man auf Grund der vorhandenen Anzeichen, den für normal gehaltenen Entwicklungsgang vorausgesehen, wenigstens mit der Stabilisierung der Beschäftigung rechnen durfte. Es stellte sich hiermit heraus, daß man bisher das Ausmaß der Krise immer noch unterschätzte. Es ist aber auch das Gefühl wiederum stark geworden, daß der Entwicklungsgang nicht „normal“ ist, daß der übliche Ausgleich der wirtschaftlichen Verhältnisse durch etwas gestört wird. Die kapitalistische Wirtschaft werde, so hört man allerorten, durch etwas verhindert, ihren wunderbaren Anpassungsmechanismus in vollem Maße zu entwickeln. Sie sei in ihrer Bewegungsfreiheit durch außerwirtschaftliche Kräfte gehemmt. Also ist die Parole da:

„Die Wirtschaft braucht Freiheit!“

Wohlbemerkt: diese Parole ist nicht erst jetzt entstanden, die traurigen Erfahrungen des verfloffenen Jahres schienen aber dazu geeignet, die Forderung nach der „Befreiung der Wirtschaft“ einen besonderen Nachdruck zu verschaffen. So lesen wir z. B. im Jahresbericht des Zweverbandes der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Essen und Münster:

„Verfolgt man die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise und die Möglichkeiten ihrer Befreiung, so wird man feststellen müssen, daß das Schwergewicht bei der staatlichen Wirtschaftspolitik liegt. Die Wirtschaft braucht Freiheit. Der Staat muß die Zwangsbewirtschaftung der Arbeitskraft und von Rohstoffen aufgeben. Die augenblickliche Lohn- und Preisentwertungspolitik der Regierung wäre bei freier Wirtschaft und nicht überhöhten Löhnen gar nicht notwendig geworden. Die Regierung aber hat bei der herrschenden Zwangswirtschaft in Verfolg ihrer Preisentwertungsaktion fast immer am falschen Ende angepackt, nachdem sie nach dem ersten Anlauf zur Lohnherabsetzung immer wieder nur die Preise zwangsmäßig herabdrücken wollte. Jeder Preisentwertungsaktion muß die Senkung der Löhne und der überhöhten öffentlichen Lasten vorausgehen.“

Schon aus diesen Sätzen sieht man, wie wenig aufrichtig, ja, wie verlogen die Forderung nach der Freiheit der Wirtschaft in manchem Munde ist. Woher soll die Wirtschaft befreit werden? Von jeder Bevormundung durch den Staat, von jeder staatlichen Beeinflussung und Unterstützung? Wollen die Verfasser des zitierten Jahresberichts fordern, daß der Staat z. B. jede protektionistische Zollpolitik aufgibt? Ist die deutsche Eisen- und Stahlindustrie wirklich so weit, lehnt sie sich so stark nach ihrer Freiheit, daß sie die zollfreie Einfuhr von Eisen- und Stahlzeugnissen nach Deutschland befürworten will? Keine Spur davon! Man will keine allgemeine Befreiung der staatlichen Eingriffe, sondern wendet sich nur

gegen bestimmte Eingriffe

wie „Zwangsbewirtschaftung der Arbeitskraft und von Rohstoffen“

also Schlichtungswesen sowie den Reichskohlenrat. Man wirft der Regierung vor, daß sie „fast immer am falschen Ende angepackt hat“, indem sie angeblich nur bei „dem ersten Anlauf zur Lohnherabsetzung“ stehen geblieben ist und dann „immer wieder nur die Preise zwangsmäßig herabdrücken wollte“.

Nicht alle Unternehmer sind so plump und drücken ihren Klassenegoismus in einer solchen geradezu naiven Form aus wie die deutschen Schwerindustriellen und die von ihnen abhängigen Kreise. Es muß auch zugegeben werden, daß die sich in der ganzen Welt ständig vermehrenden Versuche der weitgehenden staatlichen Beeinflussung der wirtschaftlichen Vorgänge manche Volkswirte mit der ehrlichen Sorge um das Schicksal der Volkswirtschaft und nicht bloß um die Interessen der einzelnen Kapitalisten erfüllen. Bei der Uebersicht verschiedener staatlicher Eingriffe, die wir hier demnächst vorzunehmen beabsichtigen, werden wir selbst manches einer scharfen Kritik unterziehen müssen. Das ist aber kein Grund, die Notwendigkeit der regelnden Einmischung des Staates überhaupt zu verneinen. Wer eine solche Schlussfolgerung ziehen will, muß auch nicht nur jede Zoll- und überhaupt jede Handelspolitik, sondern auch z. B. die Diskontopolitik der Zentralnotenbanken verneinen.

Wir sind von den Ergebnissen der bisherigen staatlichen Eingriffe auch sehr wenig befriedigt, und sind der Meinung, daß viele Regierungen „am falschen Ende angepackt“ haben. Wir haben auch in diesem Artikel schon darauf hingewiesen, daß z. B. die Verknüpfung des Preisabbaus mit dem Lohnabbau durch die deutsche Regierung zur Vertiefung der Depression beigetragen hat. Nicht deshalb aber, weil durch diese Politik die „Freiheit“ der Wirtschaft angetastet, sondern vielmehr deshalb, weil

die „Freiheit“ einzelner kapitalistischer Gruppen

zu sehr geschont wurde. Richtig ist auf jeden Fall, daß die

Deutsche Anleihen begehrt.

Kräftige Kurssteigerungen in New York.

Die deutschen Dollaranleihen zeigen noch den empfindlichen Kursrückschlägen des vergangenen Jahres, die das Kursniveau der an der New-Yorker Börse gehandelten 7prozentigen Bons (festverzinsliche Wertpapiere) um durchschnittlich 16 1/2 Proz. und der 6 1/2prozentigen Anleihen sogar um 23 Proz. herabdrückten, in den letzten Tagen in der Wall Street bemerkenswerte Anläufe zu einer Kurserholung. In der nachstehenden Tabelle ist die Kursentwicklung einer Reihe wichtiger Amerikaner-Deutschlands im neuen Jahre veranschaulicht. Der Genauigkeit halber sei bemerkt, daß bei der Auswahl nur diejenigen Papiere berücksichtigt worden sind, die seit Jahresbeginn nennenswerte Kursbefestigungen aufzuweisen haben, wobei jedoch hinzugefügt werden muß, daß sich die deutschen Dollaranleihen, die von der Hausbewegung bisher nicht erfaßt wurden, bei weitem in der Minderezahl befinden.

	Einfluß	Kurs am 30. 12. 30	5. 1. 31	Rechter Kurs
Joung-Anleihe	5 1/2	68,75	71,25	74,25
Daves-Anleihe	7	100,75	101	102,25
Giroverband	7	75,87	77,62	81,25
Berlin	6 1/2	70	75	75
Bremen	7	89	90,37	93,37
Reisenbank	7	77	84	83,12
Deutsche Bank	6	96,50	97	97
Commerzbank	5 1/2	79,50	80,75	80,75
Berliner Hochbahn	6 1/2	68,12	71	73,75
Bewag	6 1/2	69,25	71,75	74,75
R.W.G.	6	74	80	80
Sächsische Werte	7	73,75	78	80
U.G.	7	80,50	91	96
Nordfond	6	81,50	84	85
Karstadt	6	59,75	62,25	65,25

Die in der Tabelle aufgezählten 15 repräsentativen deutschen Dollaranleihen haben sich in der Zeit vom 30. Dezember bis zum 5. Januar um durchschnittlich zirka 3 1/2 Proz. und seitdem weiter um 2 1/2 Proz. befestigt. Insgesamt haben diese Anleihen somit im neuen Jahre bereits Kursgewinne von nahezu 6 Proz. erzielt.

Die erfreuliche Kurserholung der deutschen Bons entspricht dem in den letzten Tagen allgemein festzustellenden stärkeren Interesse der Wall Street für festverzinsliche Wertpapiere, das sich u. a. auch in einer namhaften Belebung der Bonussumme an der New-Yorker Börse äußert. Es hat den Anschein, daß das den amerikanischen Besitzern zum Januar-Coupontermin in Gestalt von Zinsen und Dividenden zugeflossene Kapital — es handelt sich um einen Betrag von über einer halben Milliarde Dollar — augenblicklich vorzugsweise am Anleihemarkte Anlage sucht. Beschränkt wird der Reinvestierungsprozeß durch die am Geldmarkte herrschenden ungewöhnlich niedrigen Zinssätze. Der offizielle Zinssatz für tägliches Geld ist seit Jahresbeginn auf 1 1/2 Proz. gesunken, während außerhalb der Wall Street Abschlüsse zu überwiegend 1 Proz. getätigt werden. Auch in Termingeldern liegt starkes Ueberangebot vor. Der Zinssatz für Geld auf drei Monate stellte sich zuletzt nur noch auf 2 1/2 bis 2 3/4 Proz.

Der englische Baumwollkampf.

Erinnerungen an die Weberstürme.

Der jetzt im englischen Baumwollzentrum Lancashire ausgebrochene Arbeitskonflikt ruft die Erinnerung an die tragischen Zeiten wach, wo die ihrer Existenz beraubten Handwerker um die Wende des 18. und im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts zum Sturm auf die Maschinen schritten.

Zwar sind bei dem jetzigen Konflikt von den britischen Baumwollwebern nicht die Maschinenhallen mit den modernen Webstühlen erstürmt worden, doch sind die Ursachen des jetzigen Kampfs in der Hochburg der englischen Textilindustrie die gleichen, die zu den schweren sozialen Unruhen in der Zeit des Frühkapitalismus führten. Die Baumwollweber in Lancashire sind in den Streik getreten bzw. ausgenperrt worden, weil sie sich gegen die von den Unternehmern beschlossene Anwendung des „Mittelsystems“ wehrten. Dieses neuartige Achtmehlsystem, das an die Stelle des bisherigen Vierstuhlsystems treten soll, würde natürlich neben einer weit stärkeren Ausnutzung der mensch-

Praxis der staatlichen Eingriffe viel mehr Konsequenz erfordert, als dies bis jetzt in irgendwelchem kapitalistischen Lande der Fall war. Die Schwäche der staatlichen Wirtschaftspolitik bestand bis jetzt überall darin, daß sie entweder ihre Maßnahmen durch die Interessen einiger engerer Gruppen bestimmen ließ oder aber nur einen engeren Ausschnitt aus der Wirtschaft zu beeinflussen versuchte, ohne zusammenhängende Vorgänge zu sehen oder an sie heranzutreten zu wagen. Die Lehre aus dieser Praxis ist nicht die, daß man die „Freiheit der Wirtschaft“, die gar nicht mehr existieren kann, erstreben muß, sondern die, daß jeder staatliche Eingriff, auch wenn er sich unmittelbar auf ein beschränktes Gebiet erstreckt,

das Ganze der Wirtschaft

im Auge haben und in bestimmter, bewußt gewordener Richtung beeinflussen muß. Dieses Bewußtwerden der wirtschaftlichen Zusammenhänge und ihre zweckentsprechende Beherrschung wird uns, wenn nicht die Freiheit der Wirtschaft, so die Freiheit des Menschen in der Wirtschaft schaffen.

Die kapitalistische Wirtschaft hat selbst das früher so gerühmte „freie Spiel der Kräfte“ wesentlich eingeschränkt, sie bewegt sich aber immer noch so frei, daß der arbeitende Mensch der Sklave seiner Werkzeuge bleibt. Durch die Entwicklung der Technik hat sich der Mensch in starkem Maße Freiheit den Naturkräften gegenüber verschafft. Er muß sich jetzt durch die planmäßige Lenkung der wirtschaftlichen Vorgänge aus der Sklaverei befreien, in die ihn

das ungezügelte Wallen der wirtschaftlichen Kräfte

bringt. In dieser Wirtschaft ist auch die Freiheit des Unternehmers sehr bedingt. Sie wollen aber für sich wenigstens die Freiheit der Ausbeutung der Arbeitskraft, und sie erheben die Forderung nach der Freiheit der Wirtschaft, wenn sie sich in den Möglichkeiten der Ausbeutung eingeengt fühlen. Für den arbeitenden Menschen beginnt keine wirtschaftliche Freiheit dort, wo die kapitalistische Ausbeutung aufhört. Diese Ausbeutung kann aber nur durch die Bändigung aller wirtschaftlichen Kräfte, durch ihre Unterordnung unter die Ziele der gesamten menschlichen Gesellschaft überwunden werden.

G. Decker.

lichen Arbeitskraft zwangsläufig Entlassungen in großem Umfange zur Folge haben.

Die augenblickliche Situation im Lancashire-Kevler ist sehr zu gespielt. Die Unternehmer haben erklärt, daß sie zu einer Gesamtaussperrung, die 250 000 Arbeiter betreffen würde, noch diese Woche schreiten, wenn die Tarifstreiks nicht abgebrochen würden. Bei der allgemeinen Unruhe in diesem Distrikt, die infolge der anhaltend großen Arbeitslosigkeit und des Lohnabbaudittats von 1929 herrscht, ist auf eine gütliche Einigung kaum zu rechnen, so daß in Londoner Regierungskreisen ein Eingreifen des Arbeitsministers erwartet wird.

Die Krise in Großbritannien.

Zusammenschrumpfter Außenhandel.

Der Umfang der in England herrschenden Wirtschaftskrise prägt sich in dem jetzt veröffentlichten Ergebnis des britischen Außenhandels im Jahre 1930 mit aller Schärfe aus. Sogar das schwärzeste Jahr in der Wirtschaftsgeschichte Englands nach dem Kriege, das Jahr 1926 mit seinem siebenmonatigen Kohlenstreik hat noch günstigere Außenhandelszahlen aufzuweisen, als das abgelaufene Krisenjahr.

Der Gesamtumsatz des britischen Außenhandels ist um fast 6,7 Milliarden Mark zusammengeschrumpft. Um mehr als 21 Proz. ist Englands Ausfuhr mit 1,14 gegen 1,45 Milliarden Mark gesunken. Auch die Einfuhr nach England ist von 2,4 auf rund 20 Milliarden Mark zurückgegangen, doch wirken hier weit härter als bei der englischen Ausfuhr die Preiseinbrüche auf dem Weltmarkt mit. Während sich der Export von Rohle, der nur einen sechsprozentigen Rückgang (wertmäßig) aufweist, verhältnismäßig gut erhalten hat, ist die Entwicklung des bedeutendsten englischen Exportpostens, der Textilfertigerfabrikate, katastrophal gewesen. Der Wert des Exports von Baumwollwaren hat mit rund 1,7 Milliarden nur noch wenig mehr als 60 Proz. des Ausfuhrwertes von 1928. Nicht viel besser sieht es mit der Ausfuhr der Wolllindustrie aus. Dagegen konnte sich unter Berücksichtigung der allgemeinen Preisentwertungen der Export der Fahrzeugindustrie und auch von Teilen des allgemeinen Maschinenbaues verhältnismäßig gut behaupten.

Weltzuckerkartell fertig.

Was wir vor wenigen Tagen als höchst wahrscheinlich bezeichnet, ist geschehen: die Vertastung aller deutschen Zuckerrabriten hat gemäß dem Vorschlag des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie das Angebot der übrigen Zuckereportländer angenommen. Das Zuckerkartell aller Produzenten der Welt ist damit Wirklichkeit geworden. Der Weltmarktpreis für Zucker wird also wesentlich steigen; die Ausfuhrverluste der deutschen Zuckerindustrie werden sich im gleichen Maße verringern. Die Ausfuhrmenge ist fest begrenzt; damit der Verbrauch der Produktion entsprechend steigt, ist eine bedeutende Senkung des Inlandspreises notwendig. Sie ist möglich, jetzt mehr denn je! Eine Kontingentierung der Zuckerezeugung, über die die Jorbriken beraten, steht im Gegensatz zum Interesse wichtiger Teile der Landwirtschaft.

Europas Zuckerproduktion.

Nach der Januar-Umfrage der Internationalen Vereinigung für Zuckersatistik werden mehr als 600 Fabriken in 15 europäischen Staaten im Betriebsjahr 1930/31 (1. September bis 31. August) 39,5 Mill. Tonnen Rüben verarbeiten, also 18,8 Proz. mehr als im Vorjahre (33,2 Mill. Tonnen). Deutschland steht mit 15,85 Mill. Tonnen an der Spitze und hat in der Rübenverarbeitung gegenüber dem Vorjahre (11,94 Mill. Tonnen) eine Zunahme von 32,8 Proz. zu verzeichnen. An zweiter Stelle steht die Tschechoslowakei mit 6,75 Mill. Tonnen (plus 21 Proz.), an dritter Polen mit 4,55 Mill. (minus 10 Proz.).

Die Zuckerezeugung wird mit 6,17 Mill. Tonnen die des Vorjahres von 5,52 Mill. Tonnen um 12 Proz. übertreffen. Die deutsche Produktion wird mit 2,51 Mill. Tonnen angegeben, also um 26,4 Proz. höher als im Vorjahre (1,98 Mill. Tonnen). Die tschechische Erzeugung wird mit 1,13 Mill. Tonnen um 9 Proz. größer, die polnische mit 0,78 Mill. Tonnen um 15 Proz. kleiner als im Vorjahre sein.

Iran Heilbut: Ein Besuch auf dem Lande

Der Zug stampfte durch die Ebene. Weiden, Felder, in der Ferne eine kleine Ansammlung von niedrigen Häusern, Bäume an einer Chaussee. Der Himmel hing tief und grau. Die Dame stand am Fenster des Abteils und sah mit einem Lächeln hinaus. War ihr der Anblick so fremd? Erschien er ihr so bezaubernd? Ein junger Volksschullehrer, der für die Zeit seiner Ferien auf Besuch zu seinen Eltern reiste, sah sie im Profil, und sah dies sonderbare Lächeln. Er unterhielt sich immerfort mit jenem Nachbarn, einem Landsmann, aber er dachte immer nur an die Dame am Fenster. Für alle stand es fest, daß die Dame in einen Badeort an der Nordsee wollte; und alle fragten sich: warum sie wohl dritter Klasse reiste? Sie war kostbar gekleidet, trug an verfeinerten Fingern auffallende Ringe und war offensichtlich gepudert. (Nicht alle im Abteil hatten schon mit einer gepuderten Dame zwischen vier Wänden geessen, ja, um die Wahrheit zu sagen, einige hatten sich eine Dame bisher überhaupt noch niemals gesehen.) Und diese Erregung, die als Lächeln in ihrem Gesicht geschrieen stand! Der Volksschullehrer hätte es leicht gewagt — auf ihre freundlichen Wienen hin —, ein Gespräch mit ihr anzuknüpfen; aber, wie gesagt, in Haltung, Bewegung und Kleidung, dieser deutlich gezogene Trennungsschritt hielt ihn immer wieder davon zurück. Als aber das majestätische Bild eines breitblühenden Kanals in das Blickfeld des Fensters fiel und in den Augen der Dame ein entzückendes Ah! hervorrief, sprang er auf, stand direkt hinter ihr und sagte:

„Das ist einmal ein schöner Kanal, wie?“
Die Dame sah sich zu ihm um, sie sah ihn mit so freundlicher Neugier an, daß er fast zusammensank.
„Ja“, sagte sie dann und sah wieder hinaus.
„Sie reisen gewiß an die See?“ fragte der Volksschullehrer.
Sie sah ihn wieder mit diesem eigentümlichen Interesse an, die hohe, kargezeichnete Stirn, das ruhige Blau seiner Augen... Der Lehrer war froppiert und beglückt. So deutlich gab sie ihm zu erkennen — und im ersten Moment —, wie sehr er ihr gefiel?
Donnerwetter, dachte er, als Frau möcht ich ja lieber eine, wie sie hierzulande sind, zurückhaltend und treu; aber wie nett, wenn eine so aufgeschlossen ist wie diese...
Aber da sah er zu seiner Verblüffung, daß die Dame, die nun mit dem Rücken zum Fenster stand, alle Inzassen des Abteils mit dieser warmen Neugier betrachtete. Ihr Blick war groß und die Rosenflügel ein wenig gebläht, als atmete sie diese Atmosphäre. Dann erschien ein mädchenhaftes Lächeln auf ihrem Gesicht, das neben den Mundwinkeln zwei Grübchen hervorrief. Sie zog aus dem bunten kostbaren Täschchen ein spitzenbesäumtes Tuch und drückte es an die Lippen, um den glücklichen Ausdruck zu verbergen, und sah wieder in ihrer Fensterdecke und sah hinaus.

Auch der Volksschullehrer war rot geworden und setzte sich. Er kam sich blamiert vor; offenbar, er hatte sich übernommen.
Blicklich sah die Dame ihn an und fragte:
„Wie heißt die nächste Station?“
Das ganze Abteil rief sofort mit lebhafter Stimme den Namen der Kleinstadt aus, und die Dame hob ihr Vedertöffelchen vom Reg herunter. Der Lehrer war von seinem Mißgeschick, das er soeben erlebt hatte, noch zu sehr vermundert, als daß er, seiner innersten Absicht folgend, hilfsreich dazugesprungen wäre. — Die Dame machte sich zum Aussteigen fertig. Das heimliche Lächeln bildete wieder parte Schattierungen in ihrem Gesicht. — Will die zu uns? dachte derjenige, die in der kleinen Stadt anständig waren; was will sie, zu wem, wen kennt sie bei uns im Ort?
Nach dem Aussteigen hielten sich alle in ihrer Nähe; man meinte, sie würde sich wohl nach einem Namen, nach einer Straße, einer Ortschaft oder nach einer Zugverbindung erkundigen. Genau so geschah es. Und nun wußten alle: Sie wollte nach einer Station, die als vierte auf der Kleinbahnstrecke lag. Die Leute kannten den Flecken und seine Bewohner genau. Sie stierten dumm vor Erstaunen. Zu wem dort wollte die Dame nur?

Die Dame sah mit leuchtenden Augen die Menschen, die Station, die Weiden, den Himmel.
Der Volksschullehrer mußte auch mit der Kleinbahn fahren. Jetzt, auf der Bahnsteigbank neben ihr sitzend, fand er seinen Mut wieder.
„Wollen Sie eine Erfrischung?“
„Wenn Sie so gut sein wollen...“
Er sprang zum Büfett der Bahnhofsverwaltung und brachte ihr ein hohes Glas; anständig oder wie ein Kind sah sie aus, als sie trank.
„Haben Sie Verwandte im Dorf?“ fragte der Lehrer.
Ihr Kopf machte antwortend eine Bewegung, die aber keine Antwort war. Sie war rot geworden. „Man riecht hier schon die See“, sagte sie.
Trotzdem machte der Lehrer noch einen Versuch.
„Nämlich meine Eltern wohnen eine Station vorher, wir kennen die Leute rundherum alle gut.“
Aber die Dame wollte nicht. Jetzt schien es ihr sogar Spaß zu machen, wieder auf ein anderes Thema zu springen.
Sie hält mich für einen ungebildeten Menschen, dachte der Lehrer und gab seine Verusche auf.
In der Kleinbahn kam er gleich mit einigen von früher bekannten alten Frauen ins Gespräch.
„Wohin will denn das kleine Mädchen da?“ fragten die Frauen.
„Er gab Auskunft.“ „Aber zu wem sie gehört, sagt sie nicht.“
„Sie hat Farbe ins Gesicht gemalt“, sagte eine der Alten. „Zu wem die wohl gehört? Zur Erholung kommen Fremde doch niemals hierher. Ob sie sich bloß nicht verlaufen hat, in den falschen Zug?“
Mütterlich-neugierig fragte eine der Frauen vorsichtig an. Die Dame betrachtete mit ihren leuchtenden Augen dies einfache Gesicht. Dann nickte sie freundlich, das war ihre Antwort.
Kurz bevor er ausstieg, stellte sich der Lehrer noch einmal neben sie ans Fenster. Unendliche Weiden unter tiefen Wolken; Kühe lagen reglos still.
„Wie schön ist dies alles“, sagte die Dame.
„Ich muß jetzt aussteigen, ich wünsche Ihnen gute Erholung“, sagte der Lehrer und verbeugte sich.
Eine Station weiter hieß die Dame aus. Zwei Frauen aus demselben Abteil, die in diesen Ort gehörten, folgten ihr auf dem Fuß. Vom Bahnhof ging es in eine Straße hinein, in der vereinzelte kleine Häuser standen, von Gärten umgrenzt. Die Dame verlangsamte unmerklich den Schritt — plötzlich blieb sie stehen... und die beiden Verfolgerinnen mußten an ihr vorüber. Mit schnellen Schritten ging sie zurück zur Station, über die Gleise und dann ein Stück Weges zwischen den Weiden. Neben einem Telegraphenmast lehnte sie sich an den Abhang des Grabens.

„Dies ist also meine Heimat... wie schön sie ist... Wie einfach die Menschen... ihre Sprache so herzlich... Die Geschichte so fest, so gesund ihr Wesen... Ich habe eine gute Heimat, ich habe einen guten Fundus von Hause her... Mit solch einer Heimat im Blute brauche ich mich vom Leben nicht zu fürchten — wenn ich

auch zweimal zusammengeklappt bin, ich komme schon wieder richtig hoch...“

Sie hielt mit den Armen die Knie umschlungen, es war später Nachmittag, ein Kind spielte mit Kleid und Haar.
„Meine Heimat? Ist es denn meine Heimat? Ich sehe sie heute zum erstenmal. Ich bin nicht einmal hier geboren. Und doch meine Heimat? Ja, mein Fleisch und mein Blut ist von hier...“

Als es dämmerig wurde, stand die Dame auf, ging eilig den Weg zur Station und fragte einen herumstehenden alten Mann nach dem Bauern Markuffen. Er wies ihr den Weg, und sie hörte ihm zu, als würde sie einer großen Ehre gewürdigt. Diese ruhige Stimme, das dicke weiße Haar, diese Art, wie er die Pfeife vom Munde nahm... Ruhe und Kraft, die sie mit Stolz auf ihre Heimat erfüllte. — Um zu dem Hause des Bauern zu gelangen, brauchte sie nicht durch den Flecken zu gehen, sie nahm den Weg zwischen Weiden und Eisenbahnrampe. Eine flatternde Krähe, ein fernher bellender Hund, vereinzelte niedrige Häuser in der Ferne, selbstbewusstes Ausrufen der Arbeit und Frieden.

In kurzer Entfernung sah sie einen Wagen herankommen, der Bauer oben, wohlhabend gekleidet, ließ die Peitsche schallend auf den Rücken des Pferdes wippen. Offenbar wollte er zu Besuch auf einen anderen Hof oder zur Geselligkeit in ein Gasthaus. Er trug den runden Hut ein wenig aus der Stirn gerückt, und die Dame, aus lauter Vergnügen und Freude an diesem kräftigen, wenngleich bejahrten Mann, beschloß, ihre Frage nach dem rechten Weg zu wiederholen.
„Markuffen?“ fragte er, „da bin ich.“
Die Dame wurde ganz blaß. Die letzte Helle des Abends beschleuderte ihr in Lächeln erhelltes Gesicht.
„Würden Sie nicht einmal heruntersteigen?“ fragte sie, bittend und heiser.
Der Bauer kletterte gehorsam vom Bock. Von unten her sah sie ihm mit dem großen blauen Blick ins Gesicht. Wie schön er ist, welche Kraft. Sie war dunkelrot bis ans blonde Haar.
„Ich bin Ihre Tochter“, sagte sie.
Bewegunglos stand der Mann, sah ihr steif in die Augen.
„Was?“ fragte er dann.
„Meine Mutter heißt mit Mädchennamen Christine Voh“, sagte die Dame.

Der Bauer tat einen Schritt rückwärts, noch einen — so daß er eine Stütze am Wagengrad fand. Unwillkürlich setzte er sich auf das Rad. Die Dame sah sein vorher braunrotes breites Gesicht wie im Augenblick eingestürzt. Seine Augen gingen in ihren Augen herum. Dann besteteten sie sich an einen Punkt irgendwo in der Ferne.
Meine Augen... dachte die Dame.
„Freuen Sie sich nicht, daß ich gekommen bin?“ fragte sie. „Ich bin gekommen, weil ich Ihnen eine Freude damit machen wollte.“
Der gute Blick, mit dem sie ihn ansah, nahm dem Bauer jeden Argwohn, daß sie einen Vorwurf gegen ihn ausgespart hielt.
„Wollen Sie nicht mit mir nach Hause fahren?“ fragte er.
Sie sah ihn nur an. Dann machte sie sich ans Aufsteigen. Aber ihre Kleidung war für solche Bemühungen nicht gemacht, ersichtlich mußte sie nicht, wie sie hinaufkommen sollte. Der Vater, der für einen Augenblick die schlanken angespannten Glieder betrachtet hatte, machte sich am Rad zu schaffen.

„Willst du mir nicht helfen?“ fragte sie.
Da hob er sie hinauf.
Der Bauer tat einen Schritt rückwärts, noch einen — so daß er eine Stütze am Wagengrad fand. Unwillkürlich setzte er sich auf das Rad. Die Dame sah sein vorher braunrotes breites Gesicht wie im Augenblick eingestürzt. Seine Augen gingen in ihren Augen herum. Dann besteteten sie sich an einen Punkt irgendwo in der Ferne.
Meine Augen... dachte die Dame.
„Freuen Sie sich nicht, daß ich gekommen bin?“ fragte sie. „Ich bin gekommen, weil ich Ihnen eine Freude damit machen wollte.“
Der gute Blick, mit dem sie ihn ansah, nahm dem Bauer jeden Argwohn, daß sie einen Vorwurf gegen ihn ausgespart hielt.
„Wollen Sie nicht mit mir nach Hause fahren?“ fragte er.
Sie sah ihn nur an. Dann machte sie sich ans Aufsteigen. Aber ihre Kleidung war für solche Bemühungen nicht gemacht, ersichtlich mußte sie nicht, wie sie hinaufkommen sollte. Der Vater, der für einen Augenblick die schlanken angespannten Glieder betrachtet hatte, machte sich am Rad zu schaffen.

„Willst du mir nicht helfen?“ fragte sie.
Da hob er sie hinauf.

„Willst du mir nicht helfen?“ fragte sie.
Da hob er sie hinauf.

Paul J. Schmidt: Karl v. Gontard Zum 150. Geburtstag

Als der Architekt Gontard starb, am 23. September 1791, war der Klassizismus seiner Schüler und Nachfolger, der Genß, Langhans und Gilly in siegreichem Vordringen. Er selber hatte schon in seiner Jugend etwas von dem strengeren Geiste gespürt, der seit der Mitte des 18. Jahrhunderts durch die europäische Baukunst zu wehen begann. Am 13. Januar 1731 in Mannheim geboren, hatte Gontard 1750 bei Mondel in Paris das Aufsteigen des Klassizismus miterlebt. Aber er selbst war seiner ganzen Natur nach Vertreter der älteren, der zur Reife gehenden Richtung des froh und schwungvoll bewegten Barock; seine Hauptwerke bewiesen es alle: die Eremitage in Bayreuth, die Communis im Neuen Palais und das chinesische Teehaus im Park von Sanssouci, die Spittel- und Königskolonnaden in Berlin. Und wenn er an den beiden Türmen des Gendarmenmarktes, seinem schönsten und berühmtesten Werk, mit den Tempelsäulen und Säulenstellungen unter den Stupfen stärker an klassizistische Mäuren erinnert, so mag man dabei wohl an seine Lehre bei Blondel denken; als Ganzes aber sind auch diese merkwürdigen Vorhaben barocken Geistes, nämlich eine prächtige aber inhaltslose Dekoration, eine architektonische Geste voller lebenswürdiger Heuchelei. Denn in ihnen gibt es keine Zweckräume, sie sind den vorher entstandenen kleinen Zwillingssäulen lediglich als Vorhallen vorgesehen, und wenn sie mit ihren gewaltig emporstrebenden, das Stadtbild Berlins so pompös bereichernden Stupfen die eigentlichen Kirchen so ganz in den Schatten stellen und beinahe unsichtbar machen, so liegt in dieser Verlehrung baulicher Funktionen eine durchaus barocke und ganz und gar nicht klassizistische-moderne Bestimmung.

Sie beweisen aber, daß Karl v. Gontard wohl nur eines andern Bauherrn bedurft hätte, um zum Vorläufer der reinen Klassizisten zu werden. Seine reiche und schmieghame Begabung stand im Dienste eines Herrschers, der in all seinen künstlerischen Neigungen ebenso undeutsch wie rückständig war. Friedrich II. übernahm Gontard von seiner Schwester, der Markgräfin Wilhelmine; schon bei dieser hatte er sich in Bayreuth im wesentlichen in den hellerprunkvollen Dekorationsbauten des Schlosses und der Eremitage verjunkt. In Potsdam, wohin er 1764 berufen wurde, fand er ähnliche Aufgaben vor: die Communis hinter der langen Front des Neuen Palais sind mit ihrer großartig leeren Säulenkolonnade, ebenso wie die reichenden im Park verstreuten Aniken, Freundschafts- und China-Tempelchen zweifelhafte Kuffen von einer sorglosen Beschwingtheit, die ihre Bestimmung vollkommen aus der Hofzeremonie Friedrichs erhielt. Des Königs Geschmack war nicht den Modernen zugewandt, sondern der barocken Vergangenheit. Darum hatte er sich mit Knobelsdorff entzweit, der ernsthafter und gerader dachte, und darum war ihm das gefällige Barocktalent Gontards so überaus willkommen. Man möchte nicht sagen, daß er es mißbraucht habe. Alles, was Gontard für ihn baute (und erst recht was er für Private schuf), ist künstlerisch von höchstem Reiz; so daß wir es als wahre Bereicherung der Residenz und der Bautradition empfinden. Vielleicht aber hätte er unter einem moderneren Bauherrn, der nicht bloß auf den dekorativen Prunk seiner Schöpfungen sah, eine segensreichere und wahrhaftigere Tätigkeit

entfalten können, so wie es später der ethisch fundierte Klassizismus Schinkel vollbracht hat.
Man darf bei dieser meist zu wenig beachteten Seite der Gontardschen Architektur und der Kunstpflege Friedrichs II. überhaupt etwas nachdrücklicher verweilen, weil sie den ungeheuren Einfluß des Bauherrn offenbart, der letzten Endes stärker ist als das besondere Talent des Künstlers, und das eigentliche Baugesicht der Zeit intensiver bestimmt als alles andere. Der trübe Anblick der wilhelminischen Ära ist fast ausschließlich von der unglücklichen Phantastie des obersten Bauherrn und seiner Geschmacksepoche verursacht; ebenso wie auf der anderen Seite die erfreuliche und tröstliche Gegenwart durch die fortgeschrittene Bestimmung der Gewerkschaften und gemeinnützigen Baugesellschaften, die sich die modernsten Architekten für ihre großen Gebäude aussuchen.
Gontards Bauen hat das Glück, das eigentlich mit dem langen Anglist der Berliner Baugeschichte identisch ist, auch nicht immer geklärt. Es ist da zu erinnern an den Abbruch seines Oranienburger Tor, seiner Spittel- und Königskolonnaden, die eine schände Gegenwart zerstört oder verfest hat. Die Königskolonnaden haben im Klempner, halb erdrückt und halb beglückt von der Nachbarhaft des Rathener-Hochhauses Bruno Barts noch ein relativ günstiges Altersheim gefunden; die Spittelkolonnaden werden es hoffentlich, nach dem Vorschlag der Bau- und Finanzdirektion, ähnlich gut im Park von Niederichshausen finden. Gut, daß der Verlehrungsgrade wenigstens die Anwesenheit der Türme auf dem Gendarmenmarkt erlaubt und den Park von Sanssouci nicht anstoßen darf, in dem Gontards kostbare Dekorationen die Jahrhunderte überdauern.

„Bitte, fahre recht langsam, ich möchte recht viel sehen. — Du müßtest wohl gerade zu Besuch bei Bekannten?“
„Ja.“
„Wie schön alles hier ist. Das hübsche Pferd. Wie heißt es?“
„Stine.“
„Stine?“
„Ja.“
„Hast du ein tüchtiges Stück Bauerngut?“
„O ja.“ Noch einer Pause schluckte er. Er fragte:
„Und wie geht es ihr?“
Sie verstand ihn falsch. „O, mir geht es gut. Ich habe das Glück gehabt, vom Film entdeckt zu werden. Dabei verdient man viel Geld.“
„Rein, ihr —?“
„Seidem geht es Mutter auch gut. Weißt du, daß Vater lange ohne Stellung war? Rein, du hast ja so lange nichts von uns gehört. Damals waren wir alle schrecklich in Not. Wir mußten nicht, was aus den kleinen Geschwistern werden sollte. Vater war sehr verbittert. Am meisten aber hatte ich zu leiden, weil Mutter mich ja mit in die Ehe gebracht... Ah so...“ Sie wurde rot, mußte nichts zu sagen. Der Bauer sagte auch nichts. — Das ist meine Tochter, dachte er, der Donner, ein feines Mädchen, böse ist sie mir nicht wegen ihrer Mutter.

Es war ganz dunkel geworden, als der Wagen langsam ins Gehößt einbog. Der Hofhund bellte. Irgendwoher murkte eine Kuh. — Als sie, auf seine Schulter gestützt, herabgestiegen war, hielt sie die starken Finger fest in ihrer Hand, und als sie so zusammen das Haus betrat, fühlte sie sich neben ihm wie eine Braut.
Die Wirtschaftsfrau machte riesenrunde Augen; der Bauer sah sie in der Küche das Abendbrot zubereiten, aber in die gute Stube trug er es selbst, einen Krug mit Milch, weißes und dunkles Brot, Käse, Schinken und gelbe Butter.
Sie stand am Fenster, atmete, Weiden, Nacht und die ferne See.
„Du müßt lange bei uns bleiben“, sagte der Bauer.
„Morgen früh reise ich weiter“, sie nannte ihm einen Badeort, „ich wollte nur meine Heimat gesehen haben, und dich.“
Später verließen sie beide das Haus, er trug eine Laterne und leuchtete nach links und rechts. Vom wolkensternen tiefen Himmel kam schwaches Licht.
„Hier sind die Ställe... Bis an den Damm hinaus reicht meine Weide... Das Vieh ist unruhig, sie fürchten Gewitter... Komm... Sieh hier, dieser Ruhbaum...“ Er stand still und sah seine Tochter an. Die Laterne flackerte hin und her und warf Schatten von unten nach oben. Sie sah ihn an. „Komm...“ Sie gingen. „Dieser Ruhbaum... Deine Mutter kennt ihn auch... Wenn sie gut an mich denkt und gut von mir spricht, kannst du ihr nur sagen, ich sitze noch manchmal unter dem Ruhbaum und hab Gedanken an früher.“

Sie schritten den ganzen Besitz des Bauern ab; er kannte jeden Stein, der im Wege lag. —
Am nächsten Vormittag spannte er Stine ein und fuhr seine Tochter zur Kleinbahnstation. Ihr Gesicht, ungepudert, war rosenrot von Sonne und Luft. Der Wagen hielt an der weißrotgestreiften Schranke neben der Station, der Bauer sah oben wie von Erz. Seine Tochter, am Fenster des Abteils, sah zu ihm herüber. Als der Zug sich vom Bahnsteig löste, stand er auf und legte die Peitsche an den Hut. Dann nahm er den Hut vom Kopf und streckte ihn dreimal zur Seite. Noch schwach und winzig sah er das rosenrote Kleid und das weiße flatternde Tuch. — Die Schranke war in die Höhe gegangen und Stine trottete langsam nach Haus.

entfallen können, so wie es später der ethisch fundierte Klassizismus Schinkel vollbracht hat.
Man darf bei dieser meist zu wenig beachteten Seite der Gontardschen Architektur und der Kunstpflege Friedrichs II. überhaupt etwas nachdrücklicher verweilen, weil sie den ungeheuren Einfluß des Bauherrn offenbart, der letzten Endes stärker ist als das besondere Talent des Künstlers, und das eigentliche Baugesicht der Zeit intensiver bestimmt als alles andere. Der trübe Anblick der wilhelminischen Ära ist fast ausschließlich von der unglücklichen Phantastie des obersten Bauherrn und seiner Geschmacksepoche verursacht; ebenso wie auf der anderen Seite die erfreuliche und tröstliche Gegenwart durch die fortgeschrittene Bestimmung der Gewerkschaften und gemeinnützigen Baugesellschaften, die sich die modernsten Architekten für ihre großen Gebäude aussuchen.
Gontards Bauen hat das Glück, das eigentlich mit dem langen Anglist der Berliner Baugeschichte identisch ist, auch nicht immer geklärt. Es ist da zu erinnern an den Abbruch seines Oranienburger Tor, seiner Spittel- und Königskolonnaden, die eine schände Gegenwart zerstört oder verfest hat. Die Königskolonnaden haben im Klempner, halb erdrückt und halb beglückt von der Nachbarhaft des Rathener-Hochhauses Bruno Barts noch ein relativ günstiges Altersheim gefunden; die Spittelkolonnaden werden es hoffentlich, nach dem Vorschlag der Bau- und Finanzdirektion, ähnlich gut im Park von Niederichshausen finden. Gut, daß der Verlehrungsgrade wenigstens die Anwesenheit der Türme auf dem Gendarmenmarkt erlaubt und den Park von Sanssouci nicht anstoßen darf, in dem Gontards kostbare Dekorationen die Jahrhunderte überdauern.

Wie die Posaunen von Jericho wirkten

Der bekannte englische Archäologe Prof. J. Garstang, der die Ausgrabungen an der Stätte des einstigen Jericho in Palästina geleitet hat, begibt sich wieder an Ort und Stelle, um weitere Forschungen durchzuführen. Aber bereits jetzt glaubt er angeben zu können, wie die Mauern Jerichos tatsächlich umgefallen sind. Nach der biblischen Schilderung waren es nämlich die Posaunen und das Feldgeschrei, die dabei eine wichtige Rolle spielten. Garstang hielt vor seiner Abreise in Liverpool einen Vortrag, in dem er zunächst betonte, daß er Tugende von biblischen Stätten ausgegraben habe, aber niemals feststellen konnte, daß die Darstellungen in der Bibel tatsächlich unrichtig gewesen seien. Dies bestätigte sich auch nach seiner Ansicht bei der Geschichte des Falles von Jericho. „Nach dem Befehl der Grabungen“, so führte er aus, „scheint es, als ob die äußere Mauer von den Angreifern unterminiert war. Diese Sprengungen waren also die Ursache ihres Zusammensturzes, und nicht die Posaunen, aber diese wurden während des Falles der Mauern geschlagen, und darauf ist die Erzählung zurückzuführen. Es finden sich Spuren eines riesigen Feuers; zerbrochene Steine, vertohlte Hölzer, Asche und Mengen von Holzkohle. Nach meinen früheren Grabungen ist es sehr wahrscheinlich, daß die Hauptbefestigung Jerichos um das Jahr 1400 v. Chr. aus zwei parallelen Mauern bestand, von denen die äußere etwa 2 Meter und die innere 3½ Meter dick waren. Die äußere Umwallung hat von dem Feuer am meisten gelitten und stürzte über den Abhang nach außen herunter. Die innere Mauer ist nur an den Stellen erhalten, wo sie die eigentliche Burg in einer Höhe von 6 Meter umgab.“

